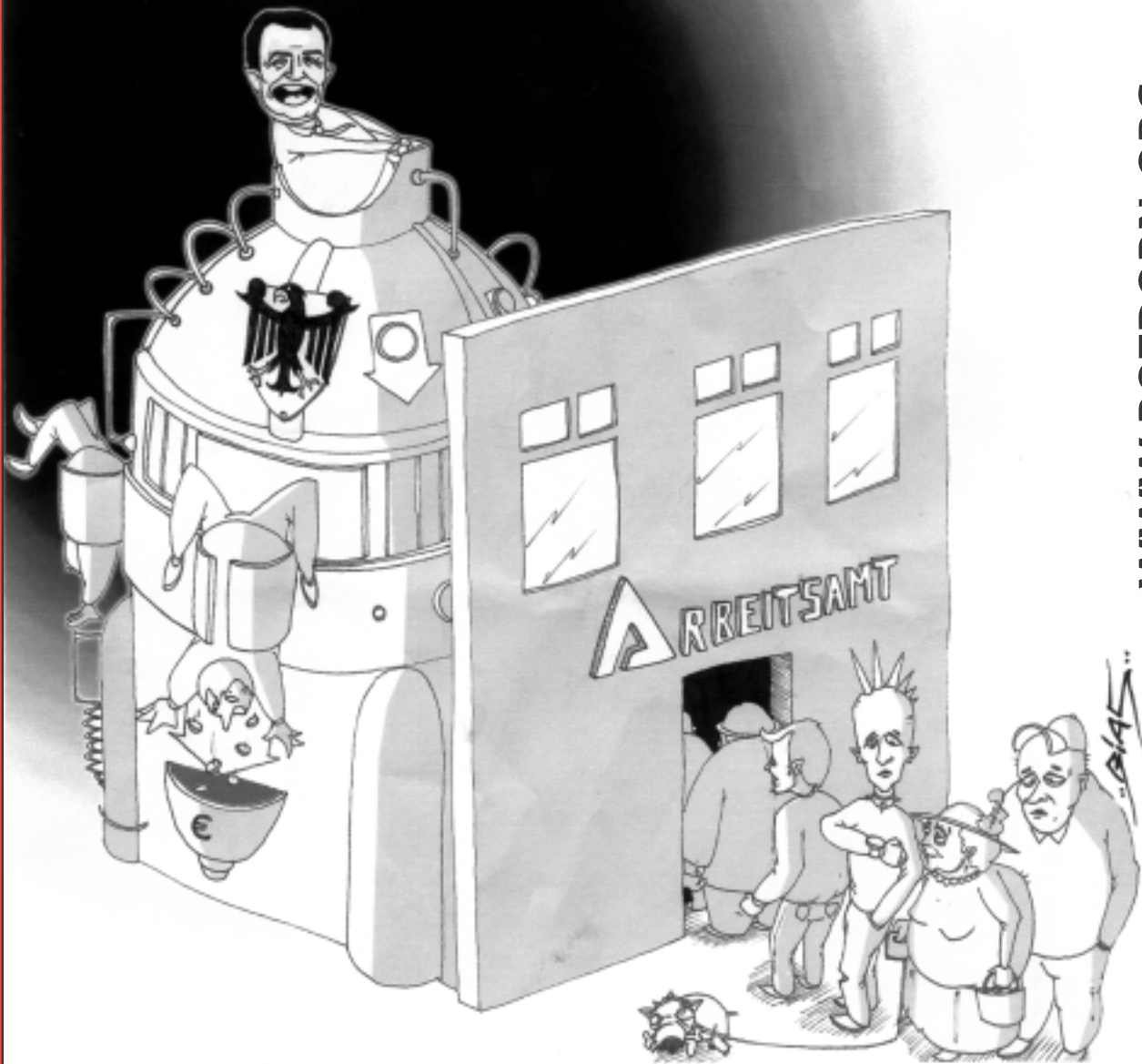


ROTDORN

unabhängige linke Jugendzeitschrift aus Berlin



WWW.ROTDORN.ORG

Titelthema:

SOZIALLABBAU

Wohin Deutschland?

Geneigte Leserin, geneigter Leser,

transpirierend trugen wir im Hochsommer Artikel für den Rotdorn zusammen. Es sind sehr viele geworden. Durch eine neue Druckerei konnten wir uns erstmals 28 Seiten leisten. Yeah. Zwar konnten wir immer noch nicht alles was wir gern in der Ausgabe hätten veröffentlichen, aber die inhaltliche Vielfalt kommt unseren Vorstellungen immer näher.

Schwerpunkt der Ausgabe ist der momentan breit geplante Sozialabbau. Agenda 2010, weniger Sozialhilfe und Arbeitslosengeld, eine schlechte und teure medizinische Versorgung, Rürup Sparvorschläge: Die Palette der geplanten „Sparmassnahmen“ ist groß. Die sogenannte soziale Marktwirtschaft verliert an Ausgewogenheit. Das lassen wir nicht unkommentiert. Der erste Teil des Rotdorns ist dieser Thematik gewidmet. Die nächste Möglichkeit den Widerstand auch in die Öffentlichkeit zu tragen und Alternativen zu entwickeln bietet das Europäische Sozialforum. Auf Seite 21 könnt Ihr Euch über das geplante Event informieren.

Wir freuen uns, dass wir mit Gerhard Leo (Teilnehmer an der französischen Resistance) ein Interview über den Abschiebeknast in Köpenick führen konnten. Er engagiert sich für die Häftlinge und gab ein erschreckendes Bild der Zustände. Liedtexte, eine Buchvorstellung, den dritten und letzten Teil zum europäische Rechtsextremismus, Glossen, einen Parktest und vieles mehr findet Ihr beim Schmökern. Viel Spaß dabei.

Bleibt uns noch auf unsere Homepage hinzuweisen: www.rotdorn.org. Demnächst

werden wir auch mit Aufklebern das Straßenbild verschönern. Wenn Ihr ein paar haben wollt, dann meldet Euch doch bei uns. In dem untenstehenden Impressum findet Ihr alle möglichen Wege mit uns in Kontakt zu treten. Oder kommt doch einfach mal beim Rotdorntreffen vorbei: Jeden zweiten Donnerstag in der Völkerfreundschaft (Schönhauser Allee Höhe Senefelder Platz). Wir können Hilfe noch gut gebrauchen!

Wenn Ihr einige Rotdörner verteilen wollt: Meldet Euch bei uns. Durch einige Anzeigen, können wir sie Dir kostenlos zuschicken. Ok.

Erst mal viel Spaß beim Schmökern!

Eure Rotdornredaktion



INHALT

Leitartikel

Aufruf von über 500 Wissenschaftln 3

Die Rotdornredaktion

Wer wir sind uns was wir wollen 5

Mehr Sozialstaat = mehr Beschäftigung?

Zur Abschaffung der Arbeitslosenhilfe 6

We need more time!

Gedanken zur Arbeitszeitverkürzung 7

Linton Kwesi Johnson

Ein Dub-Poet mit politischen Anspruch 9

Vom Nutzen der Reform

Die Auswirkungen der Gesundheitsreform 10

Studienkonten = Studiengebühren

Gegendarstellung zum Vorschlag von Berlins Bildungsensator Dr. Flierl 12

Big Brother für Fortgeschrittene

Die digitale Welt und ihre Zukunft 14

Interview mit Gerhard Leo

Engagiert gegen Abschiebehaft 16

Rechtspopulismus in Europa

Ein Zwischenspiel? (Teil 3) 18

Paula's Parktest

..... 20

Auf nach Paris!

Das europäische Sozialforum 21

Die Sprache des 3. Reiches

LTI, die Forschungen des Philologen Klemperer 22

Vegetarismus

Über die ungerechten Folgen übermäßigen Fleischkonsums 24

Die vorvorletzte Seite

Glosse & mehr 26

Termine

..... 27

Preisrätsel

..... 28



Impressum

rotdorn

erscheint 3-4 mal jährlich und hat eine Auflage von 6000 - 7000 Stück

13. Jahrgang Nr. 36/03

v.i.S.d.P.

die Rotdornredaktion

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht immer der Meinung der Redaktion entsprechen.

kontakt

Rotdorn
Postfach 870106
13161 Berlin
fon: (030) 44 04 6156
e-mail: rotdorn@gmx.de
web: www.rotdorn.org

Redaktionschluß:

4. Dezember 2004

AUFRUF VON ÜBER 500 WISSENSCHAFTLERINNEN UND WISSENSCHAFTLERN

Sozialstaat reformieren statt abbauen – Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslose bestrafen

Im folgenden möchten wir einen Aufruf von über 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern veröffentlichen, der eine progressive Antwort auf die sogenannte „Agenda 2010“ der Bundesregierung darstellt. Er zeichnet den Vorschlag des Sozialabbaus als Irrweg und benennt linke Alternativen. Die Veröffentlichung der Namen aller Unterzeichnenden ist hier unmöglich. Zu ihnen gehört der FU-Professor Altvater. Die Namen der anderen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sind unter www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/sozialaufruf.pdf nachzulesen.

Mit den in der „Agenda 2010“ angekündigten Maßnahmen will die rot-grüne Bundesregierung die Bundesrepublik bis zum Ende des Jahrzehnts aus der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise führen. Die Blockaden der letzten Jahre sollen überwunden, die Wirtschaft belebt und vor allem Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir bezweifeln aber, dass die Ansätze tatsächlich geeignet sind, diese Ziele zu erreichen. Im Wesentlichen konzentriert sich die Agenda 2010 auf drastische Leistungskürzungen in den sozialen Sicherungssystemen. Dazu zählen vor allem die Kürzung der Dauer des Arbeitslosengeldes, die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen, Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung, Aufweichungen des Kündigungsschutzes sowie die nochmalige Absenkung des Rentenniveaus. Der Opposition, den Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden, vielen wissenschaftlichen Beratungsgremien sowie weiten Teilen der Medien gehen diese Einschnitte noch nicht weit genug. Unter der Devise „Weniger Sozialstaat = mehr Beschäftigung“ hat ein Wettlauf um den Abbau der Kernelemente des Sozialstaats eingesetzt. So wollen CDU/CSU in den anstehenden Verhandlungen mit der Regierung Eingriffe in Tarifvertragsgesetz und Tarifautonomie sowie die Absenkung der Sozialhilfe durchsetzen.

Wir widersprechen dieser Politik, weil die angekündigten Maßnahmen die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht beseitigen werden. Eine Politik, die auf der einen Seite mit den falschen Rezepten operiert, auf der anderen Seite dem Druck konservativer Lobbygruppen nachgibt, ist weder mutig noch reformorientiert. Die geplanten Einschnitte verletzen die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und gefährden die Substanz des Sozialstaates, schaffen aber keine Arbeitsplätze. Wir widersprechen der These, dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar und die Ursache von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit sei.

Der eingeschlagene Weg führt in die falsche Richtung, weil der Politik eine falsche Krisendiagnose zu Grunde liegt.

- Die andauernde Massenarbeitslosigkeit ist die Folge fehlender Arbeitsplätze und nicht die Folge fehlender Arbeitsbereitschaft. Wer glaubt, die Arbeitsmarktkrise durch noch mehr Druck auf die Arbeitslosen zu lösen, bekämpft die Arbeitslosen, aber nicht die Arbeitslosigkeit. Die Kürzungen bei der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe führen zu gravierenden

Einkommenseinbußen bei den Arbeitslosenhaushalten und verschärfen das ohnehin schon hohe Armutsrisiko der Betroffenen.

- Eine Politik, die Arbeitslose unter dem Druck der materiellen Verhältnisse dazu treibt, Arbeit „um jeden Preis“ anzunehmen, fördert die Ausbreitung einer Niedriglohnökonomie auch in Deutschland. Eine solche Entwicklung steht im Widerspruch zum dringend notwendigen Ausbau qualifizierter Dienstleistungen und führt zu problematischen Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt, nicht aber zu insgesamt mehr Beschäftigung. Besser bezahlte, gesicherte Arbeit wird durch schlechter bezahlte, prekäre Arbeit ersetzt. Die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigungsverhältnisse insgesamt werden gefährdet.
- Die Aufweichung des Kündigungsschutzes wird das ohnehin reduzierte Schutzniveau in Kleinbetrieben noch weiter herabsetzen, ohne dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies zeigen die Erfahrungen der Jahre 1997 und 1998. Ein beliebiges Unterlaufen tarifvertraglicher Regelungen durch betriebliche Vereinbarungen würde die zentrale Funktion des Flächentarifvertrags außer Kraft setzen, Mindeststandards für Arbeits- und Einkommensbedingungen zu garantieren.
- Die Ursachen für die gegenwärtige Finanzkrise liegen nicht im sozialstaatlichen System und dessen vermeintlich zu üppigen Leistungen. Die Finanzierungsdefizite sind in erster Linie Folge der Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherung sowie der chronischen Arbeitsmarktkrise. Die steigende Arbeitslosigkeit führt zu erhöhten Ausgaben und sinkenden Beitrags- und Steuereinnahmen. Zur Finanzkrise hat aber auch die Steuerpolitik der letzten Jahre beigetragen, die die Entlastungen auf die Unternehmen, hohen Einkommen und die Vermögensbesitzer konzentriert hat. Insbesondere die Einnahmen aus Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und veranlagter Einkommensteuer sind eingebrochen.



- Die Finanzierungsprobleme und die steigenden Beitragsbelastungen in den Systemen der sozialen Sicherung werden durch Leistungsausgrenzungen (mit Verweis auf die private Vorsorge) oder verstärkte Zuzahlungen (Praxisgebühr, Arzneimittel usw.) nicht beseitigt. Es kommt dadurch lediglich zu einer Verlagerung der Finanzierung zu Lasten der Versicherten und vor allem der Kranken. Hinzu kommt, dass sich die Beitragszahlungen bei Privatversicherungen nach dem individuellen Risiko richten – ohne Berücksichtigung der Einkommens- und Familienverhältnisse. Es käme zu Unterversorgungen gerade jener Gruppen der Gesellschaft, die wegen ihrer Arbeits-, Lebens- und Einkommensbedingungen besonders hohe Gesundheitsrisiken tragen. Auch die Finanzierung des Krankengeldes allein durch die Versicherten ändert nichts an der Ausgabenentwicklung im Gesundheitssystem, sie ist ausschließlich eine Umverteilung zu Gunsten der Unternehmen und höhlt das Prinzip der paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus.



Mit dem eingeschlagenen Weg werden das Sozialstaatsprinzip und die Grundlagen einer auf den sozialen Ausgleich gerichteten Gesellschaftsordnung gefährdet. Wir widersprechen der Behauptung, dass diese Einschnitte „alternativlos“ sind. Ein hohes Beschäftigungsniveau und ein ausgebauter Sozialstaat müssen – wie Beispiele aus europäischen Nachbarländern zeigen – keine Gegensätze sein. Um das zu erreichen, sind jedoch Maßnahmen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Arbeitsmarkt und Sozialpolitik notwendig, die den Namen „Reform“ tatsächlich verdienen. Dazu zählen insbesondere folgende Punkte:

- Um die Arbeitslosigkeit abzubauen und den Sozialstaat zu sichern, ist eine Umkehr in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zwingend erforderlich. Die öffentlichen Investitionen müssen ausgebaut statt gekürzt werden. Durch ein öffentliches Investitionsprogramm können die überfällige Modernisierung von Infrastruktur und Umwelt sowie der Ausbau des Bildungssystems in Angriff genommen werden. Dies schafft kurzfristig Arbeitsplätze und sichert mittel- und langfristig die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Statt durch Sozialleistungskürzungen die Kaufkraft gerade in den unteren und mittleren Einkommensbereichen zu begrenzen, bedarf es einer Stabilisierung und Erhöhung des privaten Konsums.
- Ein ausgebauter Sozialstaat kann kein „billiger“ Staat sein. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die Belastungen durch Steuern und Abgaben müssen sich aber nach der finanziellen Leistungsfähigkeit richten. Erforderlich ist deshalb eine Steuerreform, die sich am Maßstab sozialer Gerechtigkeit orientiert und Unternehmen sowie hohe Einkommen und Vermögen wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt.
- Gerade in der Arbeitsmarktkrise bedarf es der Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Es ist notwendig aber nicht ausreichend, die Arbeitsverwaltung und Ar-

beitsvermittlung zu effektivieren. Der 2. Arbeitsmarkt und die Bildungsförderung dürfen nicht wegeschlagen, sondern müssen weiterentwickelt werden. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muss ohne die angekündigten Leistungseinbußen geregelt werden.

- Statt der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und der angekündigten Heraufsetzung von Altersgrenzen und Rentenabschlägen bedarf es einer veränderten, altersgerechten Personalpolitik der Unternehmen. Wenn die Frühausgliederung gestoppt und Ältere länger im Arbeitsleben verbleiben sollen, dann sind dafür in den Betrieben und Verwaltungen zunächst die Voraussetzungen zu schaffen.
- Allein durch Wachstum lässt sich die Arbeitslosigkeit nicht abbauen. Der gegenwärtige Stillstand in der Arbeitszeitpolitik muss überwunden und durch unterschiedliche Formen individueller und allgemeiner Arbeitszeitverkürzungen abgelöst werden. Ziel muss es sein, das begrenzte Erwerbsarbeitsvolumen auf mehr Menschen zu verteilen. Dazu gehört aber auch, die Nicht-Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern egalitär aufzuteilen.

- Die Sicherung der Finanzierungsbasis des sozialen Sicherungssystems erfordert zum einen ein sozial gerechtes Ausschöpfen der Rationalisierungsreserven. Qualität und Effizienz der Systeme müssen erhöht und die Risikoprävention gestärkt werden. Zum anderen ist ein solidarisches Sicherungssystem auf Dauer nur tragfähig, wenn auch die gesamte Bevölkerung zu seiner Finanzierung beiträgt. Angesichts der Finanzierungsprobleme insbesondere bei der Renten- und Krankenversicherung muss der Weg in Richtung einer allgemeinen Erwerbstätigenversicherung eingeschlagen werden, bei der das gesamte Einkommen Maßgröße für den Finanzierungsbeitrag ist.



Die Rotdornredaktion



•wer wir sind und was wir wollen•

•Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen die sich politisch einmischen wollen, weil wir denken, dass es eine Katastrophe wäre, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Geld und Profit, nichts ändern würde. Egal welches Politikfeld man betrachtet: Haushaltslage, Standort, Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

•Wir wollen gemeinsam ein profiliertes und ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als unabhängige, linke Jugendzeitschrift. Dankenswerter Weise finanziert uns die PDS die Druckkosten, so dass wir den Rotdorn kostenlos verteilen können. Da uns die PDS weder beim Inhalt noch beim Layout oder sonst irgendwie bei der Erstellung der Zeitung reinredet, sind wir absolut unabhängig. Jeder "normale" Journalist muss auf alle möglichen Interessen Rücksicht nehmen (Chefredakteur, Anzeigenkunden...). Wir haben diese Zwänge nicht.

•Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau Ruck- Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 10 Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht noch 100 werden sollten.

•Kein Redaktionsmitglied verdient einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

•Wir haben keinen kurzfristigen, grandiosen Lösungsweg aus dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Schlamassel anzubieten. Wir glauben auch nicht, das nur wir schlaue Ideen haben und es deshalb nur bei uns Sinn macht, sich politisch zu engagieren. In Wahrheit gibt es viele Möglichkeiten politisch etwas zu verändern und sich einzubringen. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

•Rot - Grün hat sich als linkes Reformprojekt und gesellschaftliche Alternative erledigt. Die dringend notwendigen sozialen und ökologischen Veränderungen in Deutschland und in der Welt sind nicht zu erreichen, wenn man politisches Handeln dem Willen der Wirtschaft und kapitalträchtigsten Lobbyverbänden unterwirft, wie es die Regierung durch-

gängig tut.

•Der Widerspruch zwischen den ehemaligen Grundsätzen der SPD und der Grünen und dem realen Regierungshandeln ist unübersehbar. Damit verbunden ist eine völlige Lähmung der "bisherigen" Linken, seien es die Gewerkschaften aus Rücksicht auf die SPD oder die ehemalige Friedens- und Antiatomkraftbewegung aus Rücksicht auf die Grünen. Das ist es auch, was die Schröder- Regierung so interessant macht für die Unternehmer. Auf der anderen Seite formiert sich eine neue antikapitalistische, außerparlam-



1941 als Partisanin gegen die Besatzer:
die litauische Jüdin Ginaite Vilna

entarisches Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den "Zapatistas" in Mexiko, über die "tute bianche" in Italien bis zu "attac" und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

•Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen sie. Dieser Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden, wenn wir nicht am Ende politische Machthabere ganz anderer Couleur ha-

ben wollen, als wir uns heute vorstellen möchten.

•Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung "das Alte" grundsätzlich in Frage stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken in den nächsten Jahrzehnten. Dieser "Kampf um die Köpfe" ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir ein in unseren Kräften liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

•Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

•Die parlamentarische Vertretung der Linken, die PDS, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Damit dieses überhaupt möglich ist, setzen wir uns für den Wiedereinzug der PDS in den Bundestag ein.

•Wenn gesellschaftliche Entscheidungen letztlich von dem Profitwillen einiger bestimmt werden, wie wir es momentan in den kapitalistischen Industriemächten erleben, sieht es insgesamt schlecht aus um diese Welt. Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. So ist in 30, 50 oder 70 Jahren ein Überleben auf der Erde nicht gesichert, egal wie die Katastrophe genau aussehen mag. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unserer Nachkommen gegenüber geschuldet.

DIE ZUSAMMENLEGUNG DER ARBEITSLOSENHILFE MIT DER SOZIALHILFE

Weniger Sozialstaat = mehr Beschäftigung?

Die aktuell politische Diskussion der „Agenda 2010“ um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme ist eng mit dem Konzept des abnehmenden Sozialstaates verknüpft. Der Hintergedanke ist, daß der Staat in der Vergangenheit zu viele Aufgaben übernommen hat und dadurch die Schieflage zwischen der Bereitschaft, erwerbsloser Personen, sich wieder aktiv in das Erwerbsleben



zu integrieren, und den ihnen dazu gebotenen Möglichkeiten gefördert hat. Bundeskanzler Schröder setzt mit seiner „Agenda 2010“ daher neue Maßstäbe, indem er den Sozialstaat auf das Minimalste herunterschraubt, um die „Eigenverantwortlichkeit“ seiner Bürger stärker zu betonen.

Ein Beispiel ist hier die schon im Hartz-Konzept angedachte und im Zuge der Agenda 2010 weiterführende Zusammenlegung der von der Bundesanstalt für Arbeit ausbezahlten Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe, deren Auszahlung die einzelnen Kommunen übernehmen. Mit der Zusammenlegung soll erreicht werden, daß arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger an das Arbeitsamt angegliedert werden und somit wieder in Arbeit gebracht werden können. Doch der Schein trügt, denn es werden de facto keine neuen Arbeitsplätze entstehen, sondern die Zumutbarkeitskriterien werden verschärft und der Niedriglohnsektor ausgebaut: selbst als seriös geltende Medien fragen zum Beispiel allen Ernstes ihr Publikum, ob qualifizierte Arbeitslose künftig schlechtere, weniger Qualifikationen erfordernde Jobs annehmen sollten. In Wirklichkeit stellt sich diese Frage schon lange nicht mehr. Seit 1997 ist er »Berufsschutz« bzw. »Qualifizierungsschutz« im Arbeitslosenrecht aufgehoben.

Ähnlich naiv ist die Frage, ob Arbeitslosen bei Verweigerung eines zumutbaren Jobs das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe gekürzt oder womöglich gestrichen werden solle. Auch das ist längst Gesetz und Praxis. Wer einen zumutbaren Job ablehnt, bekommt

von den Arbeitsämtern sofort eine Sperrzeit - in der Regel zwölf Wochen - und damit keinen einzigen Cent Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. All das und noch viel mehr ist schon seit Jahren in Kraft. Geändert an der hohen Arbeitslosigkeit hat das aber bis heute nichts! Die Arbeitslosigkeit stieg sogar noch weiter - während zur gleichen Zeit der Lebensstandard von Arbeitslo-

sen, zumal von Langzeitarbeitslosen, immer weiter sank. Im Grunde ist also das den Plänen der Regierung zugrunde liegende Kalkül - mehr Druck auf Arbeitslose hilft beim Abbau von Arbeitslosigkeit - schon seit Jahren widerlegt. Trotzdem wird es erneut aufgetischt - in einer neuen, bislang nicht gekannten Brutalität. Was der Regierungsentwurf zur Zusammenlegung beider Leistungen verschweigt: Etwa eine Million Menschen, die bisher Arbeitslosenhilfe bezogen, werden aufgrund der schärferen »Bedürftigkeitsregeln« des neuen Arbeitslosengeldes II (ALG II) künftig gar kein Geld mehr erhalten. Opfer dieser Ausgrenzung von öffentlichen Leistungen werden vor allem Frauen sein, deren Partner »normal« verdienen.

Dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ist jede Arbeit zumutbar. Bisher galt: Zumutbar sind nur tariflich bezahlte oder »ortsüblich« bezahlte Jobs, sofern die Bezahlung nicht schlechter ist als das vom Arbeitslosen bezogene Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe. Diese Schranke fällt nun weg.

Selbst der mieseste Billigjob soll in Zukunft zumutbar sein. Wer einen zumutbaren Job ablehnt, wer nicht pünktlich zum Termin beim Arbeitsamt erscheint, wer angebliche „Qualifizierungsmaßnahmen“ - und seien sie auch noch so unsinnig - verweigert, dem drohen in Zukunft mindestens 30 Prozent Abzüge, im Wiederholungsfall sogar 40 Prozent. Netto müssen solche Menschen dann mit weni-

ger als 200 Euro im Monat auskommen (plus Warmmiete). Daß der Mensch von 200 Euro im Monat nicht leben und nicht sterben kann, wissen die Verfasser des Referentenentwurfs auch.

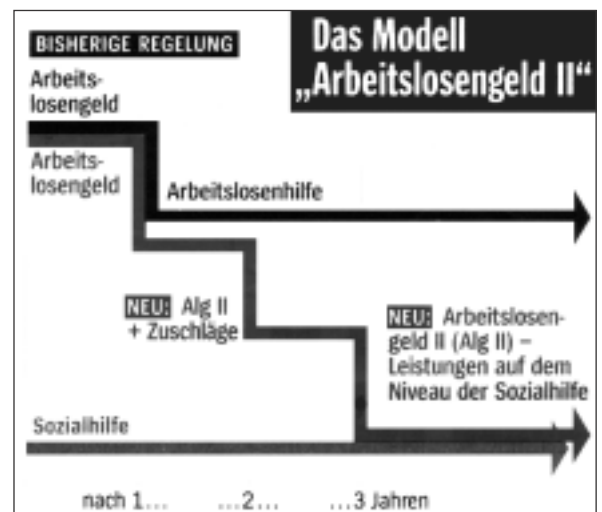
„Die Agenda 2010 ist der massivste sozialpolitische Kahlschlag seit Bestehen der Bundesrepublik“, hat die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Barbara Stolterfoht, die Regierungspläne genannt. Sie hat recht. Wobei sich schon jetzt abzeichnet, daß die mit diesem Kahlschlag von der Regierung erhoffte Wende am Arbeitsmarkt nicht eintreten wird. Wirtschaftsinstitute wie z.B. das Ifo-Institut kündigen für nächstes Jahr zwar ein stärkeres Wachstum an, aber ohne Arbeitsmarkteffekt!

Mit anderen Worten: Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter steigen - auch die der Langzeitarbeitslosen, der Bezieherinnen und Bezieher des künftigen Arbeitslosengeldes II.

Damit tritt an die Stelle des von der Regierung behaupteten „Job-Effekts“ ihrer sozialen Grausamkeiten ein anderer, von Wirtschaftswissenschaftlern befürchteter „Drehtür-Effekt“. Gemeint ist: Die Ersetzung von tariflichen, regulären Jobs, sogenannten Normalarbeitsverhältnissen, durch Billigjobs jeder Art.

Dies dürfte der nachhaltigste Effekt sein, den das neue ALG II sowie der Abbau des Kündigungsschutzes, die Verkürzung der Anspruchszeit beim Arbeitslosengeld und die Änderungen in der Krankenversicherung haben werden!

■ PATRICE



We need more time

OHNE ARBEITSZEITVERKÜRZUNG WIRD DIE
MASSENARBEITSLOSIGKEIT NICHT ZU REDUZIEREN SEIN

Schnell weg da, weg da, weg,
mach Platz, sonst gibt's noch Streit
wir sind spät dran
und haben keine Zeit

...

ein ander Mal sehr gern
dann setzen wir uns hin
und reden über Gott,
Lotto und die Welt

Na denn, mach's gut, bis bald
Es hat jetzt keinen Sinn
Wir müssen dringend los,
denn Zeit ist Geld

HERMANN VAN VEEN

Es war im Februar. Ich hatte es eilig, zur Arbeit zu kommen. Ich war spät dran, weil ich gestern bis spät in die Nacht gearbeitet hatte und heute nur schwer in Gang kam. Am Alex musste ich von der U-Bahn in den Regionalzug umsteigen. Punks bettelten um Geld für Hundefutter und Dosenbier. Sie sahen fertig aus.

Die, die noch Arbeit hatten, rannten ihrer Zeit hinterher. Aber Zeit, freie, selbstbestimmte Zeit würde es für sie immer weniger geben. Die, die noch Zeit hatten, konnten es ruhig angehen lassen. Für sie würde es ohnehin keine Arbeit mehr geben. Nicht mehr in diesem Konjunkturzyklus, und wahrscheinlich auch nicht im nächsten.

Ich rannte die Rolltreppe hoch, fluchte, weil eine japanische Reisegruppe den Weg verstopfte, sprang in letzter Sekunde auf meinen Zug. Die automatischen Türen schlossen sich. Der Typ im Spiegelbild sah müde aus, nicht viel besser als die Punks in der U-Bahn-Unterführung.

Ich schlug die Zeitung auf. Ein Arbeitgeberverband behauptete mit Hilfe einer Statistik, dass in Deutschland immer weniger Überstunden gemacht würden. Allerdings tauchten in der Statistik nur die Überstunden auf, die von den Arbeitgebern auch bezahlt wurden. Was zum Teufel wollten uns diese Leute eigentlich beweisen?

Die IG Metall, meldete die Zeitung weiter, hatte die Verhandlungen über die Verkürzung der Regelarbeitszeit von 38 auf 35 Stunden in Ostdeutschland

aufgenommen.

Die 90er Jahre waren das Jahrzehnt, in dem Computernetzwerke, Internet und Mobiltelefon selbstverständliche Bestandteile unseres Alltag wurden. Die Arbeitsproduktivität stieg rasant, nach Studien der OECD, der Wirtschaftsorganisation der westlichen Industriestaaten, erstmals sogar unabhängig von der aktuellen Konjunktur. Neue Technologien nahmen den Menschen immer mehr Arbeit, vor allem mechanische, stumpfsinnige Arbeit ab.

Die Zeit ist der Raum der menschlichen Entwicklung. Ein Mensch, der über keine freie Zeit zu verfügen hat, dessen ganze Lebenszeit, abgesehen von den bloß physischen Unterbrechungen durch Schlaf, Mahlzeiten und so weiter, durch seine Arbeit für den Kapitalisten in Anspruch genommen wird, ist weniger als ein Lasttier. Er ist eine bloße Maschine zur Erzeugung von fremdem Reichtum, körperlich gebrochen und geistig vertiert. Und doch zeigt die gesamte Geschichte moderner Industrie, dass das Kapital, wenn es nicht im Zaume gehalten, rücksichtslos und unbarmherzig daran arbeiten wird, die ganze Arbeiterklasse auf diesen äußersten Stand der Herabwürdigung zu bringen.

KARL MARX

Eigentlich eine schöne Sache. Jede vernünftige Gemeinschaft würde die in ihr anfallenden Arbeiten halbwegs gerecht und gleichmäßig verteilen.

Viereinhalb Millionen Erwerbslose zählt die offizielle Statistik der deutschen Bundesanstalt für Arbeit, deren Zweck nicht zuletzt darin besteht, das wirkliche Ausmaß der Massenarbeitslosigkeit mit allerlei rechnerischen Tricks zu verschleiern. Realistischere Schätzungen gehen von zehn Millionen aus.

Allein in Berlin sind seit dem Fall der Mauer eine halbe Million Jobs verloren gegangen. Das waren nicht alles Grenztruppen und Stasileute. Die Zahl der industriellen Arbeitsplätze in der Stadt hat sich halbiert.

Weltweit, so schätzt die Internationale

Arbeitsorganisation der UN, die ILO, sind ein Drittel der Menschheit erwerbslos oder unterbeschäftigt. Strukturwandel nennen das die Wirtschaftsexperten.

Das Problem mit dem Strukturwandel ist, dass die alten Strukturen schneller zerfallen, als neue entstehen. Jedenfalls sind die neuen Strukturen so, dass immer weniger Menschen darin eine einigermaßen würdige Existenz führen können.

Nehmen wir an, dass gegenwärtig eine bestimmte Anzahl von Menschen mit der Herstellung von Nadeln beschäftigt ist. Sie machen so viele Nadeln, wie die Weltbevölkerung braucht, und arbeiten acht Stunden täglich.

Nun macht jemand eine Erfindung, die es ermöglicht, dass dieselbe Anzahl von Menschen doppelt so viele Nadeln herstellen kann.

Aber die Menschheit braucht nicht doppelt so viele Nadeln. Sie sind bereits so billig, dass kaum eine zusätzliche verkauft würde, wenn sie noch billiger würden.

In einer vernünftigen Welt würde jeder, der mit der Herstellung von Nadeln beschäftigt ist, jetzt eben vier statt acht Stunden täglich arbeiten, und alles ginge weiter wie zuvor.

Aber in unserer realen Welt betrachtet man so etwas als demoralisierend. Die Nadelarbeiter arbeiten immer noch acht Stunden, es gibt zu viele Nadeln. Einige Nadelfabrikanten machen bankrott, und die Hälfte der Leute verlieren ihren Arbeitsplatz. Es gibt jetzt, genau betrachtet, genau soviel Freizeit wie bei halber Arbeitszeit; denn jetzt hat die Hälfte der Leute überhaupt nichts mehr zu tun, und die andere überarbeitet sich.

Auf diese Weise ist sichergestellt, dass die unvermeidliche Freizeit Elend hervorruft, statt dass sie eine Quelle des Wohlbefindens werden kann.

Kann man sich noch etwas Irrsinnigeres vorstellen?

BERTRAND RUSSELL



„Dös is' ja voll der Wahnsinn“, sagte mir ein IG Metalller aus Bayern. „Die Leute schieben Überstunden ohne Ende, arbeiten 60, 70, teilweise 80 Stunden die Woche, nehmen anderen dadurch den Job weg und dann ziehen sie am Stammtisch über diese ‚faulen Schweine‘ noch her, und machen sie verantwortlich für ihre Misere ... ‚a echt‘ Perversität.“

Der Kollege hatte recht, es ist Wahnsinn. Aber dieser Wahnsinn hat Methode. Dieses System, bei dem ein Teil der Gesellschaft an Überarbeitung und der andere materiellen Mangel leidet, bietet zwei große Vorteile für die Chefs und Kapitalisten.

Erstens ist Massenarbeitslosigkeit ein hervorragendes Instrument, die Löhne zu drücken und die Angestellten zu disziplinieren. „Wenn es Ihnen nicht passt, können Sie gehen - da draußen warten genügend andere, die froh wären, wenn sie hier für einen Bruchteil von dem arbeiten dürften, was Sie kriegen ...“

Zweitens sind Angestellte, die man bis zum Äußersten verplant, einspannt und auspresst, viel leichter kontrollierbar, als Leute, die vielleicht nur vier oder sechs Stunden oder drei Tage in der Woche für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssten und in der verbleibenden Zeit möglicherweise Bücher lesen, über ihr Leben nachdenken, sich mit anderen Menschen treffen, sich vielleicht sogar organisieren und andere subversive Dinge tun.

Der Witz ist, dass dieses System nicht einmal wirklich produktiv ist. Es ist eine Binsenweisheit moderner Arbeitsorganisation, dass ein Mensch, der seine Zeit effektiv organisieren will, höchst-

tens 60 Prozent davon verplanen darf. Der Rest sollte für unvorhergesehene und spontane Aktivitäten reserviert bleiben.

Die Produktion wird durch die Arbeitsteilung, wie sie bei uns herrscht, zu einem System, das die Produktivität hemmt. Die Menschen behalten sich nichts mehr vor. Sie lassen sich abstempeln. Die Zeit wird ausgenutzt, da bleibt keine Minute für das Unvorhergesehene. Man verlangt viel. Aber das Nichtverlangte bekämpft man. Die Menschen haben so nichts Unbestimmtes, Fruchtbares, Unbeherrschbares mehr an sich. Man macht sie bestimmt, festumrissen, verlässlich, damit sie beherrschbar sein sollen.

BERTOLT BRECHT

Ein halbes Jahr später sprang ich am Alex wieder auf meinen Zug, vorbei an fotografierenden Japanern und schlug den „Spiegel“ auf, eine bunte Zeitschrift, die sich vor Jahrzehnten einen Ruf als seriöses Nachrichtenmagazin erworben hatte.

Der Streik der IG Metall war gescheitert. Nicht weil die Arbeitgeber so mächtig waren und die Streikenden in den Betrieben Angst bekommen hätten, nein. Natürlich hatten die Unternehmer, unterstützt von der SPD eine massive Hetzkampagne in den Medien geführt, wie man sie bisher eigentlich nur vom „Krieg gegen den Terror“ und anderen humanitären Luftschlägen kannte. Aber die Streikfront in den Betrieben stand.

Der Streik war an der Sabotage einiger einflussreicher westdeutscher IG-Metall-Funktionäre gescheitert. Am Schlimmsten hatten sich ein gewisser Klaus Franz, Konzernbetriebsrat bei Opel, und der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel aufgeführt.

Allerdings hatten auch nicht wenige der so genannten IG Metall-Linken „Muffensausen“ bekommen.

Beim Kampf der IG Metall um die Arbeitszeitverkürzung im Osten ging es um Gerechtigkeit zwischen Ost und West - gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Im Westen gab es die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie seit 1984.

Aber es ging auch darum, eine humane Antwort auf die Rationalisierung zu finden, die den Leistungsdruck verstärkte, Arbeitsplätze vernichtete und denen, die draußen standen, erst gar

keine Chance gab, in Lohn und Brot zu kommen.

„Wir lagen völlig daneben“, sagte der neue IG-Metall-Chef Jürgen Peters jetzt im Spiegel.

Peters hatte es geschafft, seine Stellung zu behaupten, nachdem seine Gegner in der Gewerkschaft, Presse, Fernsehen und Arbeitgeber wochenlang seinen Rücktritt gefordert hatten. Genaugenommen war Peters der eigentliche Streikgewinner. Die „öffentliche Meinung“ hatte ihn sowohl für den „irrsinnigen Streik“ genauso wie für die „historische Niederlage“ verantwortlich gemacht. Die Presse forderte seinen Kopf, aber auf einer Welle des Trotzes schaffte es Peters, seinen Kontrahenten Zwickel zu beerben.

Jetzt war es offenbar an der Zeit, ideologisch zurückzurudern. Noch war unklar, in welches Fahrwasser die IG Metall dabei geraten würde.

Tatsächlich hatte die Gewerkschaft mit ihrer Forderung genau richtig gelegen. Nach dem Streikdesaster erscheint eine Wende zu echten Reformen, zu einem Einstieg in die dringend nötige Arbeitszeitverkürzung, weiter weg denn je. Dennoch bleibt die Umverteilung der Arbeit eine Überlebensfrage.

Manchmal hilft ein Blick nach Amerika. Während der großen Massenarbeitslosigkeit der 20er Jahre forderten amerikanische Gewerkschaften erstmals die „Verteilung der Arbeit auf alle Hände“. Unterstützung fanden sie bei dem englischen Mathematiker und Philosophen Bertrand Russell: „Wenn der normale Lohnempfänger vier Stunden täglich arbeitet, hätte jederman genug zum Leben und es gäbe keine Arbeitslosigkeit.“

Präsident Hoover wurde aufgefordert, die 30-Stunden-Woche durchzusetzen und so „Arbeit für Millionen unbeschäftigter Menschen“ zu schaffen.

„Sogar Unternehmer schlossen sich dem Appell an, da sie keine andere Möglichkeit sahen, um die Kaufkraft der Konsumenten wieder zu erhöhen. Verkürzte Schichten führten zu einer erhöhten Leistungsbereitschaft und zu mehr Arbeitsmoral.“

Unter der Regierung Roosevelts wurde der Staat zum Arbeitgeber. Durch staatliche Programme und den öffentlichen Arbeiten sollte die schwache Wirtschaft wieder angekurbelt werden - „New Deal“ hieß das damals.



Heute sind weder der freie Markt noch der öffentliche Sektor in der Lage, die steigende, technologisch bedingte Arbeitslosigkeit aufzufangen und ein Absinken der Kaufkraft zu verhindern. Die Senkung der Staatsausgaben und -schulden hat derzeit in allen westlichen Industrienationen und Japan absolute Priorität. Damit bleibt den Regierungen wenig Spielraum, um den technologischen Umwälzungen mit öffentlichen Programmen zu begegnen. Und so klammern sich Politiker nahezu aller Parteien weiter an die Vorstellung,

dass technische Neuerungen, Produktivitätszuwächse und fallende Preise eine ausreichende Nachfrage und neue Arbeitsplätze mit sich bringen würden. Vor allem aber geht es um eine drastische Senkung der Mindestlöhne, die Schaffung eines Billiglohnssektors, in dem sich Leute, die nicht wissen, ob sie im nächsten Monat noch ihre Miete zahlen können, um miese „hire&fire jobs“ prügeln. Das ist der Kern der so genannten Reformen, die die rot-grüne Regierung mit Rückendeckung des Big Business und unter Mithilfe der CDU

auf den Weg gebracht hat. Ob dadurch mehr Arbeitsplätze entstehen? Nun ja, es gibt einen Witz aus der Regierungszeit von Bill Clinton. Clinton, der ein toller Redner ist, erzählte auf einem Meeting der Demokratischen Partei, dass er mit seinen Reformen - ganz ähnlichen, wie sie Schröder und Clement jetzt an uns vollziehen - eine Million neuer Jobs geschaffen habe. „Kann gut sein“, rief jemand aus dem Publikum, „ich habe allein schon drei davon.“

■ JÖRN BOEWE

More Time!

Der aus Jamaika stammende, in England aufgewachsene Linton Kwesi Johnson (oder einfach LKJ) hat sich auf mehreren Gebieten einen Namen gemacht. Als Dichter, als Reggae-Interpret sowie durch sein politisches Engagement in der schwarzen Bürgerrechtsbewegung Großbritanniens. So liegt auch der inhaltliche Schwerpunkt seiner Gedichte auf der Beschreibung von Rassismus und Diskriminierung der Schwarzen durch Polizei und Gesellschaft. Ende der 70er Jahre kam der Black Panther-Aktivist auf die Idee, seine Gedichte mit Reggae-Musik zu unterlegen, und schuf damit den sogenannten „Dub-Poetry“. Das deutsche Reggae-Magazin riddim bezeichnet ihn als „eine der Kult-Figuren des Reggae“, besonders aufgrund seiner frühen Alben vom Ende der 70er Jahre, die vom Kampf gegen die National Front, von Straßenschlachten und der Armut in den Schwarzenvierteln erzählen. Der abgedruckte Liedtext „More Time“ entstammt der gleichnamigen Platte von 1998. Das Themenspektrum des bekennenden Sozialisten hat sich in den letzten zehn Jahren merklich erweitert. Neben Reflexionen über den Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa („Mi Revalueshanary Fren“) auf dem „Tings an Times“-Album finden sich auf „More-Time“ auch Gedanken über Beziehung und Liebe, wie etwa in „Hurricane Blues“. Die Originaltexte sind in der Phonetik des jamaikanischen Englisch (Patra) verfasst, die charakteristisch für Rhythmus und Klang von LKJs Gedichten ist. Zum besseren Verständnis haben wir seinen Text in „normales“ Englisch übertragen.

we ,re marching out of the old
towards the new century
armed with the new technology
we're getting more and more productivi ty
some say things looking up for prosperity
but if everyone going to share this time
old mentality must get left behind
we need more time
we need more time

we need a shorter working day
we need a shorter working week
longer holi day
we need decent pay

more time for lei sure
more time for pleasure
more time for edui cation
more time for recreati on
more time for contemplate
more time to rumi nate
more time
we need
more time

a full time them abolish unemployment
and revolutionize the labour deployment
a full time them abolish overtime
make everybody get a work this time
we need a higher quality of livi ty
we need it now and for everybody

we need a shorter working year
we need a shorter working life
more time for the husband
more time for the wife
more time for the children
more time for friends
more time for meditate
more time for create
more time for living
more time for life
more time



Vom Nutzen der Reform oder die verunsicherte Bürgerin



Ende Juli präsentierten Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmid und CSU - Gesundheitsexperte Horst Seehofer der Öffentlichkeit den Entwurf einer Gesundheitsreform. Neuerungen gibt es viele. So sollen Zahnersatz und Sehhilfen für Erwachsene aus dem Katalog der Gesetzlichen Krankenkasse gestrichen werden. Einmal pro Quartal erheben Hausärztin oder Facharzt eine Praxisgebühr von 10 Euro. Wer bisher von der Zuzahlung befreit war, zahlt nun einen symbolischen Betrag von einem Euro. Dabei erweist sich die Bezeichnung „Praxisgebühr“ als irreführend. Denn nicht die Ärztinnen bessern ihr Einkommen auf, sondern die Krankenkassen. Das Honorar der Ärzte wird mit den Mehreinnahmen verrechnet. Doch bringt die Praxisgebühr tatsächlich den erträumten Geldsegen? Angesichts des enormen Aufwands, den die Verwaltung der Gebühr nach sich zieht, wird diese Hoffnung wohl enttäuscht werden. 10 Euro kostet demnächst auch ein Tag im Krankenhaus, sofern die Patientin weniger als 4 Wochen stationär behandelt werden muss.

Die Zuzahlung für Tabletten steigt auf 2, 4 oder 6 Euro je Päckchen, für andere Arzneimittel müssen Patienten jetzt zwischen 5 und 10 Euro, insgesamt jedoch nicht mehr als 2 % ihres Einkommens (für chronisch Kranke 1 % des Einkommens) nach Abzug des Kinderfreibetrags blechen. Medikamente zur Verbesserung der privaten Lebensführung sowie verschreibungsfreie Arzneimittel werden von den Kassen in Zukunft nicht mehr getragen.

Ebenso gestrichen werden Leistungen wie das Sterbegeld (in Westdeutschland), das Entbindungsgeld oder die Fahrkostenerstattung für notwendige Taxifahrten zum Arzt. Ab 2007 finanzieren Arbeitnehmerinnen ihr Krankengeld selbst. Die Kassen richten „Korruptionsbekämpfungsstellen“ ein. Darüberhinaus sollen Gesundheitszentren und ein „Deutsches Zentrum für Qualität in der Medizin“, das Heilbehandlungen stärker auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüfen, Informationen und Berichte an Patienten weiterleiten und eine stärkere Verzahnung zwischen Krankenkassen und der Selbstverwaltung der Ärzteschaft ermöglichen soll,

entstehen. Junge Fachärztinnen schließen ihre Arbeitsverträge fortan direkt mit den Krankenkassen.

Bereits ein kurzes Resümee der bevorstehenden Reform lässt erkennen, dass diese keineswegs sozial verträglich, vielmehr hochgradig unsozial ist. Begründet werden die geplanten Einschnitte mit finanziellen Problemen des



Lang ist's her (?): Wahlkampfplakat der SPD 2002

Gesundheitswesens sowie der Kostenexplosion der letzten Jahre. Angeblich zurückzuführen ist die Finanzkrise des Systems auf die demographische Entwicklung und der damit verbundenen Zunahme der Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die von den Arbeitnehmern mitfinanziert werden müssten. Dass diese Behauptung so nicht haltbar ist, wird schnell deutlich, wenn mensch die Sache etwas genauer betrachtet. Richtig ist zwar, dass Senioren häufiger und schwerer erkranken und deshalb teure und langwierige Behandlungsmethoden nötig werden. Die größten Kosten fallen bei Behandlungen kurz vor dem Tod eines Menschen an, egal ob dieser nun mit 20 oder 80 Jahren stirbt. Doch auch Oma und Opa zahlen zeitlebens, auch in Pension, Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung. Und: die arbeitende Generation finanziert nicht nur den Ruhestand alter Menschen, sondern auch das Heran-

wachsen ihrer Kinder. Auf Grund der hohen Geburtenrate lag die Belastung der Arbeitnehmerinnen um 1900 sogar über den heute angegebenen Werten. Des weiteren leuchtet es nicht ein, warum der als Ursache der finanziellen Schieflage angegebene Bevölkerungsschwund nicht durch offene Grenzen für Migrantinnen ausgeglichen wird. Diese zahlen regelmäßig sehr viel mehr in die Kassen der Sozialsysteme ein, als für Migranten im allgemeinen ausgegeben wird.

Nun wird so manche behaupten, die hohe Arbeitslosenquote sei Schuld an der Misere. Arbeitslosigkeit macht krank, soviel ist sicher. Als Beitragzahler entfallen Arbeitslose hingegen nicht. Die BfA übernimmt die Gebühren, wenngleich diese niedriger als bei Menschen mit Beschäftigung sind. Hervorzuheben ist im Zusammenhang mit einer überdimensionalen Erwerbslosenrate etwas anderes: bei langanhaltendem Arbeitsplatzmangel sinkt das Lohnniveau und damit die Einnahmen der Kassen. Der neoliberale Abbau des Sozialstaates verstärkt die Abwärtsspirale, weil er maßgeblich mitverantwortlich für die Verarmung der Bevölkerung, und dadurch letztlich Mindereinnahmen der sozialen Sicherungssysteme, ist. Trotzdem: weder die große Zahl der Rentnerinnen noch die dauerhafte Arbeitslosigkeit allein können die Schwierigkeiten des Gesundheitssystems hinreichend erklären.

Ein kurzer Blick auf das Gesundheitssystem lässt die starke Zersplitterung der Krankenkassenlandschaft erkennen. Im Moment gibt es in Deutschland zirka 1000 Kassen. Jede Kasse unterhält ihren, zum Teil immensen, Verwaltungsapparat. Da die Verwaltungsausgaben pro Patientin mit zunehmender Versichertenzahl sinken, erscheint eine Fusion der Kassen sinnvoll.

Eine weitere Lösungsmöglichkeit läge in der Unterteilung der Kassen nach bestimmten Krankheiten bei gleichzeitigem Kostenausgleich, so dass zum Beispiel Menschen mit ein und derselben chronischen Erkrankung Mitglied derselben Kasse wären. Der Vorteil bestünde darin, dass eine speziellere und effizientere Versorgung gewährleistet



Gut gelauntes Duo infernal: Gesundheitspolitiker Schmidt und Seehofer

werden könnte. Doch die Verwaltungsstruktur der Kassen sowie des Kassensystems wurde bei der Reform nicht angetastet. Ebenso wenig die Unterteilung in Private und Gesetzliche Krankenkassen. So können Besserverdienende und Beamte weiterhin in Privaten Kassen eine sehr gute Versorgung erhalten, während das Niveau der Gesetzlichen Kassen auf das medizinisch notwendige reduziert wird. Die Abschaffung der Privaten Kassen und die Einführung der Versicherungspflicht für alle brächte den Gesetzlichen Kassen neue, zahlungskräftige Mitglieder und bewirkte, dass auch all jene, die die Kürzungen propagieren und durchsetzen, selbst davon betroffen wären.

Stattdessen wurde die Position der Privaten Kassen gestärkt. Auch gesetzlich Versicherte können sich fortan eine Zusatzversicherung für Zahnersatz zulegen. Das „Deutsche Zentrum für Qualitätssicherung in der Medizin“ sorgt für eine größere „Leistungsbezogenheit“ bei Honoraren und angewandten Behandlungsmethoden. Mehr Markt, lautet die Devise. Dabei wird bewusst ignoriert, dass Krankenkassen nicht den größtmöglichen Gewinn erwirtschaften, sondern die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen sollen. Nicht die Kaufkraft, der Bedarf sollte entscheiden, ob ein Mensch medizinisch behandelt wird oder nicht. Was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte: im Kapitalismus wird es angezweifelt und schlussendlich verneint. Der Konsument ist in seiner Souveränität beschränkt: entweder er ist krank, oder nicht. Exklusionsmechanismen wirken auch hier. Die Kassen sind bestrebt, „gute Risiken“ in die Kasse hineinzuholen, „schlechte Risiken“ hingegen auszuschließen bzw. ihre In-

klusio zu verteuern. Dadurch findet eine Selektion nach geschlechtsspezifischen, altersspezifischen, schichtspezifischen und physischen Gesichtspunkten statt. Frauen gelten als schlechtere Risiken, da sie eine größere durchschnittliche Lebenserwartung haben und Schwangerschaft und Geburt hohe Kosten verursachen. Sie zahlen in Privatkassen daher regelmäßig mehr als Männer. Das gleiche gilt für ältere Menschen, da mit zunehmendem Alter die Häufigkeit und Intensität der Erkrankungen zunimmt. Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und Gendefekten schließlich haben einen sehr schweren Stand. Oftmals weigern sich Kassen, sie zu versichern. Werden sie dennoch versichert, dann gegen einen extrem hohen Beitragssatz. Wer arm ist, bleibt generell draußen, selbst als nicht - behinderter, junger Mann. Besonders prekär daran ist die Tatsache, dass Armut und Krankheit sich oft gegenseitig bedingen. Kränkliche Menschen verlieren häufiger und schneller ihren Arbeitsplatz, ältere Arbeitnehmerinnen sind bei der Jobsuche schlechter gestellt als jüngere. Krankheit und Alter können also einen sozialen Abstieg nach sich ziehen. Andersherum sind Arbeitslose überdurchschnittlich von psychosomatischen und psychischen Erkrankungen betroffen, da mit der Erwerbslosigkeit eine starke psychische Belastung verbunden ist. Menschen aus unteren Schichten werden häufiger krank, da sie unter schlechteren Lebensbedingungen leben müssen. Niedrig qualifizierte Jobs bergen ein höheres Unfall - und Gesundheitsrisiko als saubere Bürojobs. Die Angst vor Arbeitsplatzverlust ist oftmals größer als bei qualifizierteren Arbeiten. Ein privatisiertes Gesundheitssystem schließt also diejenigen von der Versorgung aus, die diese am nötigsten hätten.

Dabei sind Systeme, die auf privater Versicherung beruhen, keineswegs kostengünstiger als gesetzliche. In den USA werden 14,1 % des Bruttoinlandsproduktes für Gesundheit ausgegeben. In Deutschland waren es im

Vergleichszeitraum nur 8,6 %. Einer der Gründe hierfür liegt im Profitstreben der Kassen. Der zu spät abgestattete Arztbesuch, billige und falsche Selbstmedikation, verschleppte Krankheiten lassen die Kosten explodieren. Die auf intakten, idealtypischen Märkten geltenden Prinzipien, zum Beispiel die Entstehung des Preises durch Angebot und Nachfrage, ist auf dem „Gesundheitsmarkt“ außer Kraft gesetzt und verteuert die Versorgung. Der Optionsfixierer diktiert dem Optionsempfänger die Bedingungen.

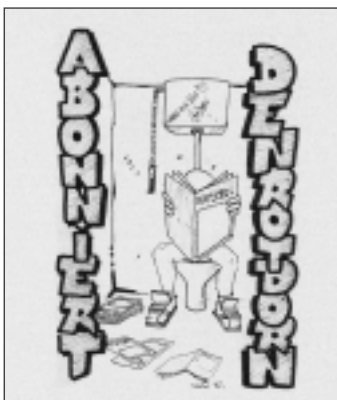
So ist der „liberalste“ Teil im deutschen Gesundheitswesen, der Arzneimittelsektor, zugleich der ineffizienteste. Die Preisgestaltung für Medikamente ist in Deutschland, anders als in seinen europäischen Nachbarländern, frei. Die Kosten liegen denn auch 50 % höher als in besagten anderen EU - Staaten. Nur 40 % des Preises sind zur Deckung der Herstellungskosten notwendig. Patentrechtlich auf 20 Jahre geschützte, benötigte Medikamente verteuern Arznei ebenfalls. Zwar werden in der Reform auch der Pharmaindustrie mittels Anhebung des Zwangsrabattes höhere Kosten beschert. Diese belaufen sich aber lediglich auf 1 Milliarde Euro, während für die Versicherten eine Mehrbelastung von 8,6 Milliarden Euro erwartet wird. Die Stück für Stück vorangetriebene Demontage der gesetzlichen Krankenversicherung auf eine Basisversorgung dürfte in erster Linie den Gewinnen geschuldet sein, die in einem System privater Kassen winken.



Ab 2007 wird das Krankengeld allein von der Arbeitnehmerin finanziert, deren Beitragssatz sich um 0,5 % erhöhen soll. Die ursprünglich als Schutz vor ökonomischen Schwierigkeiten durch Krankheit gedachte Lohnfortzahlung wird zur eigenen, sozusagen ganz privaten, Risikoabsicherung. Ein erster Schritt aus dem Ausstieg der paritätischen Finanzierung (50% zahlt der Arbeitgeber, 50% die Arbeitnehmerin) zugunsten der Unternehmen wurde somit vollzogen. Die Ausgliederung bestimmter Leistungen (wie Zahnersatz, Sehhilfen, Sterbegeld, Entbindungsgeld, ...) sowie die geplante Anhebung der Zuzahlung dämpft keine Kosten, sondern verlagert diese in den Zuständigkeitsbereich des Versicherten. Die Entlastung der Kassen ermöglicht Beitragssenkungen, die Arbeitgeberin und Arbeitnehmer gleichermaßen zugute kommen. Nur, dass die Arbeitnehmerin auf der anderen Seite wieder, und zwar stärker als zuvor, belastet wird. Der Arbeitgeber hingegen vermag seine Kosten zu senken. Galt vor einigen Jahren ein gutes Gesundheitssystem als humankapitalerhaltend, und deshalb als volkswirtschaftlich sinnvoll, wird es auf globalisierten Arbeitsmärkten mit Arbeitskräfteüberschuss zunehmend als bloßer Kostenfaktor betrachtet.

Wahrscheinlich wird der Gesetzestext im August ohne größere Probleme Bundestag und Bundesrat passieren. Der Ausbau des Sozialsystems trug im 19. und 20. Jahrhundert wesentlich zur sozialen Befriedung bei. Es wäre an der Zeit, den sozialen Frieden in dem Maße aufzukündigen, wie sein Gegenstand verloren geht.

■ LISA LOTTA



EINE GEGENDARSTELLUNG ZUM VORSCHLAG VOM BERLINER WISSENSCHAFTS-SENATOR DR. THOMAS FLIERL (PDS)

Studiengebühren heißen jetzt Studienkonten - sonst ändert sich nichts!

Seit Juni dieses Jahres ist in Berlin eine Debatte am Laufen, die als Konsequenz zeigen wird, wieweit sich die PDS in der Regierungsverantwortung von ihren eigentlichen Idealen und Zielen entfernt hat und wie leicht man einen miteinander vereinbarten Koalitionsvertrag brechen kann.

Es geht -mal wieder- um die Einführung von Studiengebühren. Noch verbietet das bundesdeutsche Hochschulrahmengesetz Gebühren für ein Erststudium (Gott sei Dank!), doch gegen diese angebliche „Kompetenzmaßnahme“ des Bundes führen einige CDU-Länder Klage beim Bundesverfassungsgericht. Hätte diese Klage Erfolg wären die Bundesländer rechtlich frei, Gebühren nicht

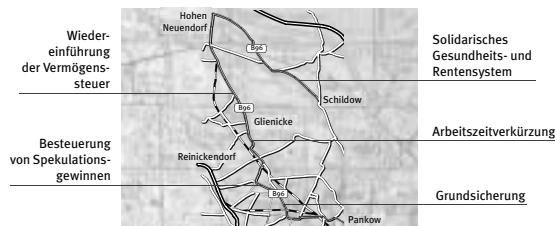
nur wie bisher für das Zweitstudium und damit von Langzeitstudierenden, sondern auch für ein Erststudium zu erheben. Aus diesem Grunde traten sowohl der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit (SPD) als auch der Kultur- und Wissenschafts-Senator Dr. Thomas Flierl (PDS) im Juni dieses Jahres mit einem sogenannten „Studienkonten“-Modell in die Öffentlichkeit, obwohl der Berliner Koalitionsvertrag an der Studiengebührenfreiheit festhält: „[...] Wir müssen weg von Strafgeldern hin zu Leistungsanreizen und Motivation für ein zügiges Studium. [...] Das Konto muss dann durch Gebühren neu aufgefüllt werden. Hier wären 500 Euro pro Semester angemessen.“

-Thomas Flierl, Berliner Morgenpost, 19. Juni 2003. „[...] Parallel dazu setzen wir die kreative Idee von Studienkonten um, die dazu führt, daß Langzeitstudenten Gebühren zahlen müssen[...]“- Klaus Wowereit, Berliner Morgenpost, 24. Juni 2003. Das Ziel von Studienkonten sei daher, die defensive politische Abwehr von Studiengebühren in ein gesellschaftliches Umbauprojekt mit linker Perspektive zu transformieren. Dass diese Aussage nicht nur zynisch ist, sondern auch falsch, versteht sich fast von selbst.

Doch was sagt eigentlich das Modell? Das Berliner Studienkontenmodell basiert auf einem sogenannten Credit-Point-System, das im Rahmen des sogenannten Bologna-Prozesses EU-weit eingeführt wird und Studienleistungen innerhalb Europa vergleichbar machen soll. Das Modell basiert auf z.B. 30 Credits pro Semester, die für einzelne Ausbildungsmodulare angewandt werden und so die Arbeitsbelastung

ANZEIGE

Eine bessere Welt ist möglich! Für eine Agenda Sozial!



Heraus zum Konvoi mit Rädern, Skates, Fahrzeugen ... Sonnabend, 6. September 2003!

Stationen:

Pankow	Anger/Breite Straße	11:00 Uhr
Reinickendorf	Gorkistraße	13:00 Uhr
Glienicke	Dorfanger	14:15 Uhr
Hohen Neuendorf	S-Bahnhof	15:30 Uhr
Schildow	Alter Sportplatz	17:00 Uhr

18:00 – 21:00 Uhr

NEUES GLAS AUS ALTEN SCHERBEN
und die Band ERICA

Alter Sportplatz in Schildow

AK B96/B96a, attac/PG 2010, Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), Gesine Löttsch (PDS/MdB), Hochschulpolitischer Arbeitskreis der FU, LINKSRUCK, PDS-Bundesvorstand, Volkssolidarität Berlin & Brandenburg



der Studierenden messen sollen. Zu Beginn des Studiums erhält jeder Student sogenannte „Credit-Points“, d.h. Leistungspunkte für ein kostenloses Studium in der Regelstudienzeit. Die Länge des Zeitrahmens soll sich bei den Bachelor-Master-Studiengängen an der Regelzeit plus vier Semestern und in den einzelnen Diplomstudiengängen an der doppelten Regelstudienzeit orientieren. Wenn auch das Studium dann nicht abgeschlossen ist, muß der Student neue Creditpunkte kaufen, um weiter studieren zu können. Zurzeit sind 500 Euro pro Semester geplant.

Die Vorteile wären laut Flierl für die Studenten, daß sie selbstbestimmter und ergebnisorientierter studieren könnten und als Credit-Kontoinhaber eine stärkere Stellung gegenüber den Universitäten einnehmen. Die Universitäten und Hochschulen würden in ihren Lehrleistungen vergleichbar und profitierten von guter Lehre, da eine Uni, die viele Credits in kurzer Zeit umsetzt, entsprechend mit leistungsbezogener Mittelzuweisung honoriert würde. Es wurde argumentiert, daß das Credit-Punkte-System eine Alternative zu Langzeitstudiengebühren darstelle, die den Zugang zu Bildung sozial selektieren würden. Zwar könne man, und darin besteht die Gefahr bei der Debatte, sagen, daß das ja noch alles human klingt, da die Studienkonten ja nur bei den „faulen“ Langzeitstudenten greifen, doch das ist Augenwischerei!

Differenziert werden muss zwischen Studierenden, die ihr Studium nicht in der Regelstudienzeit abschließen können, es aber dennoch versuchen, und einer absoluten Minderheit von Studierenden, die mit Absicht lange studiert, den Studentenstatus genießt, aber auch so gut wie nie an der Uni ist und damit auch keine Ressourcen verbraucht -wie z.B. keine Seminarplätze belegt und ergo auch nichts kostet. Diese allerdings quasi zu „Sozialschma-

rotzern“ zu sterilisieren und im Sinne einer Gebühr zu bestrafen, ist bislang auch durch die PDS abgelehnt worden. Es darf hier nicht um ein moralisch bewertbares Verhalten einer Minderheit gehen, denn eine überwiegende Mehrheit der Studenten sehen sich aufgrund der überfüllten Hörsäle, der bereits ausgeliehenen Bücher und der unzureichenden Betreuung der Unis nicht in der Lage, die gesetzliche Regelstudienzeit einzuhalten! Zudem kommt noch, daß die momentan stattfindende Umwandlung der einzelnen Diplomstudiengänge in Bachelor-Master-Studiengänge mit Restriktionen wie begrenzter Teilnehmerzahl und obligatorischer Anwesenheit einhergehen werden und damit auch die Einhaltung der Regelstudienzeit erschweren, da die Zumutbarkeitskriterien verschärft werden. Ein anderer nicht ganz unwichtiger Faktor ist die Finanzierung des Studiums. Die oftmals einzige Quelle zur Sicherung des Einkommens ist neben der -so vorhandenen familiären Unterstützung- die oftmals nicht geschützte Erwerbsarbeit, da trotz der Bafög-Reform von 2001 nur 14,94% aller Studierenden überhaupt Bafög beziehen. Von diesen erhalten 66,8% eine Teilförderung zwischen 10 und 465 Euro im Monat (Deutsches Studentenwerk, Wichtige Zahlen des 15. Berichts der Bundesregierung nach §35 Bafög). Daß man als Konsequenz dessen nur begrenzt Kurse wahrnehmen kann, weil man arbeiten muss, weil das Bafög nicht reicht und daher seine Regelstudienzeit überschreitet, scheint jedem klar. Verstärkt wird das Ganze durch die stetig abnehmenden Hochschulinvestitionen der öffentlichen Hand, die zur Einschränkung von Studien-

plätzen und damit zur Verschlechterung von Studienbe-



Dr. Thomas Flierl

dingungen beitragen. Die Universitäten mit dem schnellsten Studienabschlüssen sollen laut Studienkonten-Ordnung zudem höhere Finanzausweisungen erhalten. Diese Vorgehensweise festigt die Ellenbogengesellschaft und reduziert Bildung auf einen institutionalisierten Wettbewerb unter den Unis, Bildung verkümmert zur Ware. Die Folge wäre die Einstellung nichtlu-

krativer Studiengänge, während unter dieser Verringerung wiederum die Studierenden zu leiden haben.

Glücklicherweise ist die Sache noch nicht beschlossen und der Widerstand innerhalb der PDS groß. Aus Protest gegen Flierls Pläne trat sogar sein Staatssekretär Peer Pasternack zurück. Wir alle sollten daher geschlossen gegen die Einführung von Studienkonten protestieren, da momentan mit der Studienkonten-Idee die Debatte über die Hochschulbildung nicht mehr unter der Prämisse des Wertes, sondern des Preises geführt wird:

„[...] Die ideologische Konstruktion des ‚Langzeitstudenten‘ als hochschulpolitischer Allzweckwaffe entspricht daher klassischer Sündenbockpolitik, indem sie von der politischen Verantwortung für das institutionelle Reformdefizit der Hochschulen ablenkt. Damit wird auch die überfällige Hochschulreform in eine völlig falsche Richtung gelenkt. An die Stelle einer inhaltlich ausgewiesenen Studienreform tritt die Regelementierung des persönlichen Studierverhaltens durch Sanktionsdrohungen finanzieller Art, weshalb Studienkonten nicht nur aus sozialpolitischen-, sondern auch aus bildungspolitischen Ordnungsvorstellungen abzulehnen sind! [...]“ (Benjamin Hoff, wissenschafts- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Berliner PDS-Abgeordnetenhausfraktion, Kritiker von Thomas Flierl).

■ PATRICE

info

www.bmbf.de/pub/bafogbericht.pdf

www.benjamin-hoff.de

Radikaldemokratische Studierendengruppe an der FU Bln.

www.unabhaengige-linke.de

www.gute-bildung.de



„TCPA/Palladium“: zwei Begriffe geistern durch das World Wide Web. Microsoft, Intel, IBM und weitere Größen der IT-Branche wollen die Computerwelt mit mehr Sicherheit und Stabilität beglücken. Ist doch großartig! Aber das Thema — äußerst komplex, undurchsichtig, für Laien schwer verständlich und daher öffentlich kaum wahrgenommen — kann diese Welt nachhaltig verändern. Ein Versuch der Erläuterung ...

Big Brother für Fortgeschrittene

DIE TECHNOLOGIE

TCPA steht für „Trusted Computing Platform Alliance“ (Vertrauenswürdige Computerplattform Allianz) also die Organisation an sich, wobei man das Wörtchen „trust“ ironischerweise auch mit Kartell übersetzen könnte. Bei der eingesetzten Technologie spricht man von der TCP (der vertrauenswürdigen Computerplattform), hinter der das TPM (Trusted Platform Module) steht, mit bis zu 2048 bit verschlüsselt und somit absolut unmöglich zu knacken. Das TPM berechnet Prüfsummen über sämtliche eingesetzte Hardware, vom BIOS über die Festplatte bis hin zur Soundkarte, und kann diese mit gespeicherten Werten vergleichen. Nur von der Allianz zertifizierte Hardware wird beim booten initialisiert.

Zusammen mit „Palladium“, einer Microsoft-Initiative, bekommt das System die gewünschte Durchschlagskraft. Palladium wird in künftige Microsoft-Betriebssysteme implementiert, es gleicht ständig sämtliche Daten online mit einer „Schwarzen Liste“ ab und entscheidet, ob ein Dokument oder ein Programm vertrauenswürdig sind.

Die technischen Zusammenhänge sind sicher nicht leicht zu verstehen, zumal sich die verantwortlichen Gremien mit detaillierten technischen Spezifikationen bedeckt halten. Um die Verwirrung noch perfekt zu machen: aus der TCPA ist die TCG (Trusted Computing Group) hervorgegangen und Palladium wurde zwischenzeitlich in NGSBC (Next Generation Secure Computing Base) umbenannt. Hinter letzterer Namensgebung vermutet man strategische Gründe, Palladium war inzwischen zu negativ besetzt. Die Idee ist gar nicht so dumm: wenn es niemand aussprechen kann, wird nicht darüber geredet. Inhaltlich macht es keinerlei Unterschied, hinter den geänderten Begriffen stehen dieselben mafiosen Strukturen.

Um es auf den Punkt zu bringen: mit dem Gespann Palladium für die Software und TCP für die Hardware ist der „gläserne User“ keine ferne Zukunftsvision mehr.



DAS GESETZ

In den USA gibt es bereits einen Gesetzentwurf, der vorsieht TCPA-konforme Geräte zwingend vorzuschreiben. Systeme, welche den Spezifikationen nicht entsprechen dürfen dann in den USA nicht vertrieben werden. Die Strafandrohung bei Zuwiderhandlung sieht bis zu 500000\$ Bußgeld und bis zu 5 Jahre Gefängnis vor.

Nun könnte man sagen: was interessiert mich die amerikanische Gesetzgebung? Das ist leider zu kurz gedacht: die USA haben einen enormen Einfluss auf den Weltmarkt. Europa müsste unweigerlich nachziehen - egal ob mit EU-Gesetz oder ohne - und das gilt auch für den Rest der Welt, sollte er konkurrenzfähig bleiben wollen. Und letztendlich hat Microsoft mit über 90% aller weltweit installierten Betriebssysteme alle Fäden in der Hand.

Es führt kein Weg vorbei, mit TCPA/Palladium wäre man auch als „alter Europäer“ ständiger us-amerikanischer Überwachung ausgesetzt.

DIE ZIELE

Welches Interesse haben die inzwischen über 200 Mitgliedsfirmen der TCPA in diese Technologie zu investieren? Und die vielleicht spannendste Frage: Welches Interesse hat die US-Regierung dieses Vorhaben so offenkundig voranzutreiben?

Beim Besuch der offiziellen Seite der TCPA bekommt man kaum Antworten auf diese Fragen. Man liest fadenscheinige Formulierungen wie Schaffung eines einheitlichen Industriestandartes und Erhöhung der Sicherheit für den Benutzer. Bemerkenswert ist außerdem die Domainendung „.org“, die ja für „non-profit-organisations“ vorgesehen ist. Monopolisten als

besorgte Wohltäter, die alles Böse (Viren, Spam) vom kleinen, dummen User fernhalten wollen? Wohl kaum.

Auf den zweiten Blick entpuppen sich die Vorhaben der TCPA als finale Lösung der Kopierschutzfrage.

Seit es den Heimcomputer gibt liefern sich Softwarehersteller und Hacker ein Katz-und-Maus-Spiel. Kein noch so raffinierter Versuch der Industrie ihre Produkte zu schützen blieb lange erfolgreich. Die konsumierende Internetgemeinde bekam bisher noch für jede Anwendung oder jedes Spiel, Hacker sei Dank, eine passende Lösung um den unliebsamen Kopierschutz zu umgehen.

Und auch die jahrelangen Prozesse der Unterhaltungsindustrie gegen die Internettausbörsen waren in letzter Konsequenz völlig nutzlos. Die Hydra „Napster“ wurde geköpft, die Lücke durch die dezentralen Peer-to-Peer Netzwerke (Gnutella, Kazaa) bestens gefüllt.

Mit Palladium und dem „DRM“ (Digital Rights Management) würde dies alles in absehbarer Zukunft ein Ende finden. DRM stellt die Zukunft des Urheberrechts dar, die Systeme regeln den Zugriff, die Verwendung und den Handel mit elektronischen Inhalten, womit hauptsächlich aber nicht ausschließlich Video- und Audiodaten gemeint sind. Und da reibt sich schon



jemand erwartungsvoll die Hände: Bill Gates will mit Microsoft hier ganz vorne mitmischen. Nicht umsonst wird geistiges Eigentum als „Gold des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet. Ganz nebenbei wäre das Eigentumsrecht in seiner jetzigen Form hinfällig. Durch die ständige Überwachung über die zentralen Systeme wäre es unmöglich z. B. eine geschützte CD zu brennen oder einen Registrierungsschlüssel zweimal einzugeben. Der Rechner würde sich einfach weigern.

Und genau in diesem Punkt, das Palladium-Netzwerk als zentraler Anlaufpunkt aller Rechner auf der Welt, ist auch das Interesse der US-Regierung an dieser Technologie begründet. Der Nutzer hat keinerlei Einblick, welche Daten da nun abgeglichen werden und wer da am anderen Ende der Leitung interessiert mitliest. Es wäre schlichtweg die Möglichkeit, das stetig wachsende, undurchschaubare und nicht zu zensierende Internet unter Kontrolle zu bringen. Die Betrachtung von unliebsamen Inhalten könnte einfach unterbunden werden. Ein kritischer Artikel über „Dschortsch Dabbelju“ auf www.rottdorn.org? Hey ihr Krauts, nicht mit Uncle Sam! Das kann man jetzt als Schwarzseherei abtun, schließlich haben die Vereinigten Staaten ja trotz „Patriot-Act“ immer noch Bürgerrechte und somit auch das Recht auf freie Meinungsäußerung, trotzdem wäre es technisch ohne weiteres möglich.

Man muss aber kein großer Verschwörungstheoretiker sein um festzustellen, dass ein Betätigungsfeld der US-Geheimdienste vortrefflich von diesem Netzwerk übernommen werden könnte: Industriespionage. Der Schutz von sensiblen Firmendaten kann bei einem solchen System einfach nicht gewährleistet sein, die Anonymität ist einzig und allein durch das Wort von Bill Gates abgesichert.



Nicht die subtilste Art des Protestes: Bill Gates nach dem berühmten Tortenwurf

Natürlich würden all diese Vorwürfe heftig dementiert werden, es geht ja nur um Sicherheit und stabile Performance des Rechners. Aber in den USA (nicht nur da) sind die traditionell engen Verbindungen zwischen Industrie und Politik ja meist auch ein Geben und Nehmen: rechtliche Grundlage für die Sicherung und Ausbau des bestehenden Monopols gegen ein paar staatliche Mitarbeiter in den zentralen Rechnerräumen — Undenkbar?

DIE FOLGEN

Was mehr oder weniger fast jeden unmittelbar betreffen würde, wäre das Unterbinden der illegalen Vervielfältigung jedweder Daten. Falls es einige nicht mehr wissen sollten: eine aktuelle Musik-CD kostet bis zu 18 Euronen - reine Produktionskosten: maximal 1,50 €. Es wäre nicht mehr möglich eine Kopie für das Auto zu brennen oder der Freundin zum Geburtstag eine CD mit den ganz persönlichen Kuschelhits zusammenzustellen (Eigentumsrecht!).

Was aber viel schwerer wiegt sind die vorstellbaren Schreckensszenarien. Die Funktion von fast allen weltweit eingesetzten Rechnern in der Verantwortung von Microsoft? Die selben Programmierer, die es nicht fertig bringen ein von Anfang an funktionierendes und stabil laufendes Betriebssystem auf die Beine zu stellen! Das Palladium-Netzwerk hundertprozentig abgesichert gegen Zugriff von außen? Das gleiche wurde von den Microsoftservern mit den streng geheimen Source-Codes von Windows auch behauptet. Diese hatten inzwischen das ein oder andere mal unangemeldeten Besuch. Wir sind in unserer hochtechnisierten Welt auf funktionierende Informationstechnologie angewiesen, Palladium/TCPA könnten sich als Achillesferse herausstellen. Der finale Crash wäre nicht völlig unvorstellbar: die Signaturen von Windows auf der Schwarzen

Liste und kein Rechner auf der ganzen Welt würde mehr hochfahren. Terrorismus im 21. Jahrhundert: statt Guerillaarmee mit rostigen Kalaschnikovs ein gelangweilter Hacker, der die Grenzen des Machbaren austesten will?

Das Kernproblem ist aber die konzentrierte Macht in einer Hand, die durch nichts und niemanden ausreichend kontrolliert werden kann. Auf lange Sicht haben die Vorhaben viele weitreichende Folgen: totale Bevormundung des Nutzers, die informationelle Selbstbestimmung ist nicht mehr existent, der freie Zugang zum EDV-Markt ist nicht mehr gewährleistet, Einschränkung des Eigentumsrechts, das Recht auf Privatssphäre ist Geschichte, die digitale Welt ist vollständig unter Kontrolle der Amerikaner.

WAS TUN?

Bemerkenswert ist, dass im Zusammenhang mit TCPA/Palladium dasselbe Vokabular benutzt wird, wie bei der massiven Einschränkung der Bürgerrechte durch den sogenannten „Patriot-Act“. Ein Volk in Paranoia, die Schlagworte „Sicherheit“ und „Schutz“ scheinen momentan in den USA sehr universell einsetzbar zu sein ...

Man kann an dieser Stelle nur abermals unterstreichen, was eigentlich demokratische Bürgerpflicht sein sollte: wachsam sein und hinterfragen. Beim örtlichen Aldi oder LIDL werden demnächst Notebooks mit den neuesten Sicherheitsfeatures zum sagenhaft günstigen Preis verschleudert? Schaut mal ganz genau hin!

Konsumboykott ist wohl das einzige Mittel um arrogante Monopole in die Knie zu zwingen. TCPA kann im Anfangsstadium wohl noch verhindert werden, wenn ein Großteil der User es einsetzt ist es schon zu spät.

TCPA/Palladium? Viele offene Fragen.

■ MARCEL HEINKE

info

www.againsttcpa.com

der Chaos Computer Club im Netz
www.ccc.de

die unabhängige und kritische Fachzeitschrift c't im Netz
www.heise.de

ausführliche Erläuterungen zu TCPA
www.tastyorange.de/tcpa.php

Urheberrecht und DRM
www.rechtsprobleme.at/doks/wass-drm.pdf



Gerhard Leo nahm als deutscher Emigrant an der französischen Resistance gegen die deutschen Faschisten teil. Heute ist er über 80 Jahre alt und noch immer politisch aktiv. Der in Berlin lebende Journalist ist seit 15 Jahren als freier Schriftsteller tätig. Seine Bücher und Übersetzungen in beide Sprachen sind in Deutschland und Frankreich erschienen.

„Die Abschiebehäftlinge brauchen unsere Solidarität“

Rotdorn: *Gerhard, Du warst Teilnehmer an der französischen Resistance und hast mit der Waffe in der Hand gegen den Hitlerfaschismus gekämpft. Was ist für Dich die wichtigste Lehre aus diesen Jahren?*

Gerhard Leo: Die wichtigste Lehre für mich aus dem weltweiten Kampf gegen den Hitlerfaschismus ist: Man darf nicht dulden, dass eine oder mehrere Kategorien der Bevölkerung aus der für alle geltenden Gesetzgebung herausgenommen werden. Das haben die Nazis mit den Bürgern jüdischer Herkunft, mit allen Oppositionellen getan. Heute und hier sind es die mittellosen Ausländer, die Flüchtlinge, die von den für alle anderen geltenden Freiheiten und Menschenrechten ausgeschlossen werden. Zu diesem Zweck ist vor zehn Jahren das Grundgesetz geändert worden, um unerwünschte Ausländer, die keine Straftat begangen haben, bis zu 18 Monaten ins Gefängnis zu stecken, damit ihre Abschiebung gesichert werden kann. Für mich ist das ein Grundübel unserer Demokratie, das - nicht nur im Interesse der Betroffenen - beseitigt werden muss. Die im Gegensatz zum ursprünglichen Grundgesetz stehende Abschiebehaft widerspricht allen Lehren aus unserer Vergangenheit.

Rotdorn: *Weswegen werden die Flüchtlinge in Berlin-Köpenick (Grünauer Strasse) in einem Gefängnis inhaftiert?*

Gerhard Leo: Die meisten Flüchtlinge kommen ganz ohne Papiere, auf jeden Fall ohne gültiges Einreisevisum nach Deutschland, und werden in der Regel schon am Flugplatz oder an der Grenze inhaftiert. Andere werden in Ausweiskontrollen gestellt. Selbst Flüchtlinge, die sich auf dem nächsten Polizeirevier oder schon an der Grenze als Asylbewerber melden, kommen in der Regel sofort in Abschiebehaft.

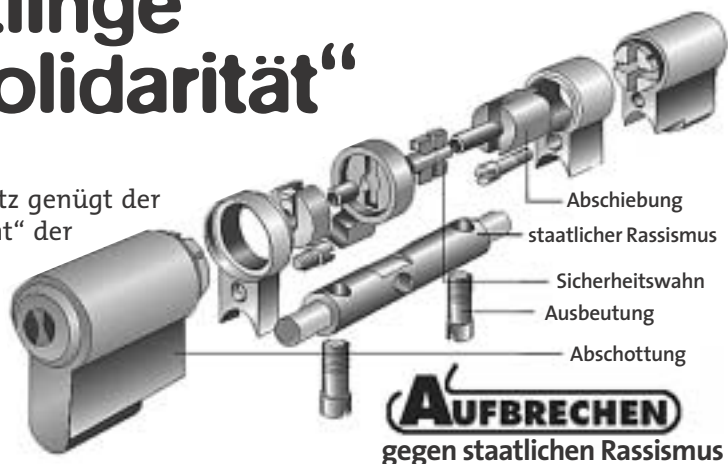
Laut Ausländergesetz genügt der „dringende Verdacht“ der Behörde, dass der Betreffende untertauchen und sich der Abschiebung entziehen könnte, um ihn in Haft zu nehmen. Die Amtsrichter folgen in der Regel den Vorgaben der Ausländerpolizei. Die übergroße Mehrheit der Insassen im Berliner Abschiebeknast - zwischen 3000 und 4000 im Jahr, ständig etwa 300 - werden monatelang eingesperrt, weil ihnen die notwendige Aufenthaltsgenehmigung fehlte. Nur ein ganz kleiner Teil - weniger als 5 Prozent - kommt aus der Strafhaft, meist wegen kleinerer krimineller Delikte, nach Köpenick.

Rotdorn: *Welche Zustände herrschen in dem Abschiebeknast?*

Gerhard Leo: Nahezu alle Häftlinge fühlen sich ungerecht auf unbestimmte Zeit hinter Gitter gesetzt. Hinzu kommt die Ungewissheit über ihr Schicksal: Werden sie nach sechs Monaten freikommen oder erst nach anderthalb Jahren. Werden sie mit Polizeibegleitung abgeschoben in ein Land, in dem es keine Menschenrechte gibt, in dem vielleicht Bürgerkrieg herrscht in dem ihr Leben bedroht ist? Das sind die Hauptprobleme alle Insassen des Abschiebegefangenen. Hinzu kommen die Demütigungen durch rassistische Beamte, die es auch gibt. Weder die Leitung des Gefängnisses, noch der Innensenator, noch der zuständige Polizeipräsident nehmen Beschwerden der Häftlinge gegen rassistische Beleidigungen durch Polizisten ernst, auch dann nicht wenn sich Häftlinge einer ganzen Etage - 24 Personen - schriftlich über einen Beamten beschweren. Einen solchen Fall habe ich kürzlich erlebt. Mit



Gerhard Leo



Ausnahme eines befristeten Hofgangs sind die Gefangenen auf ihren Etagen. Es gibt einen gemeinsamen Aufenthaltsraum mit einem Fernseher. Für Häftlinge, die einen Selbstmordversuch unternehmen, gibt es Einzelzellen ohne Mobiliar. Die allgemeinen Zustände sind an sich nicht unmenschlich, aber die Gefangenen betrachten die ungerechte Inhaftierung als unerträglich.

Rotdorn: *Was müsste sich an der rechtlichen Situation ändern?*

Gerhard Leo: Die 1993 durch das veränderte Grundgesetz stattgefundene Einschränkung des Asylrechts, die wesentliche Verschärfung des Ausländergesetzes, müssen in unser aller Interesse zurückgenommen werden. Die Ausländerbehörde - offiziell firmiert sie unter dem Namen Einwohnermeldeamt - hat sich als Staat im Staate erwiesen, die weder vom Abgeordnetenhaus, noch vom zuständigen Senator fest geführt werden kann, wenn es um die Rechte der Ausländer oder Verbesserungen ihres Status geht.

Rotdorn: *Was könnte die PDS in der Landesregierung unternehmen, um die Lebensverhältnisse der Flüchtlinge in Grünau zu verbessern? Oder hat sie keine Möglichkeiten dies zu tun?*

Gerhard Leo: Die PDS als Regierungspartei im Berliner Senat hat natürlich nicht die Möglichkeit, die im Bundestag 1993 beschlossene Einschränkung des Asylrechtes und die Verschärfung der Abschiebehaft abzuschaffen. Aber sie hat die Möglichkeit, wie Du sehr richtig sagst, die Lebensverhältnisse der

inhaftierten Flüchtlinge zu verbessern. Diese Möglichkeit hat sie genutzt. Ohne sie wären in den ersten Monaten dieses Jahres, besonders nach den massiven Hungerstreiks und den zahlreichen Suizidversuchen und Selbstverletzungen im Knast nicht eine Reihe von Verbesserungen erfolgt: Tischtennisplatten wurden aus dem Keller geholt; einige Innengitter sind vor den Fenstern entfernt worden; zwischen Gefangenen und Besuchern gibt es keine Trennscheibe mehr, man sitzt an einem Tisch mit dem Besuchern und in dem Raum gibt es auch Spielecken für Kinder; der Hofgang ist von 60 auf 90 Minuten heraufgesetzt worden. Aber das alles trifft nicht den Kern des Übels Abschiebehäft.

Die Ausländerbehörde hat ihre rigorose Haftantragstellung nicht geändert und nach wie vor sollen Menschen auch in ausgesprochene Krisengebiete abgeschoben werden, auch zum Beispiel in die Republik Kongo.

Rotdorn: Vor einem halben Jahr machten die Flüchtlinge mit einem Hungerstreik von sich reden. Außerdem gab es allein in der ersten Hälfte dieses Jahres mehr als 40 Selbstverletzungen und Selbstmordversuche. Wie waren die Reaktionen?

Gerhard Leo: Die Häufigkeit von

Hungerstreiks - mehr als 60 Teilnehmer an dieser Aktion Anfang des Jahres -, die vielen Suizidversuche und Selbstverletzungen haben bestätigt, wie explosiv die Situation im Knast ist und wie tief verzweifelt die Betroffenen



alltägliche Diskriminierung nicht nur durch die Behörden

sind. Die oben angeführten kleinen Verbesserungen sind eine Konsequenz dieser vielfältigen Proteste. Man kann sagen, dass die Berliner Presse, Rundfunk und Fernsehen in der Regel die legitimen Forderungen der Häftlinge - vor allem Beendigung der willkürlich langen Haftzeiten, der menschenunwürdigen Behandlung durch Beamte, die Verbesserung der hygienischen Zustände - wahrheitsgemäß, oft sogar engagiert unterstützte. Die christlichen Kirchen, mehrere Stiftungen, die Jusos in Berlin, die Jungdemokraten/ Junge Linke,

Die Seelsorger im Gefängnis, die PDS-Abgeordneten, auch Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sind für die Flüchtlinge eingetreten. Nur die Ausländerbehörde hat ihr Vorgehen nicht geändert.

Rotdorn: Du hast Dich vor allem mit jungen Leuten zusammengeschlossen, um den Flüchtlingen praktisch zu helfen. Wie kann man zu der Gruppe hinzustoßen?

Gerhard Leo: Ich bin seit nun fast acht Jahren in der Berliner Initiative gegen Abschiebehäft tätig. Es sind vorwiegend junge Menschen, Arbeiter und Arbeitslose, Angestellte, Studenten, Journalisten, Ärzte, Sozialarbeiter usw., die ihre Freizeit opfern, um Häftlinge im Abschiebe-

knast, die es wünschen, zu besuchen. Durch regelmäßige Besuche bei den Flüchtlingen wollen wir einen sozialen Minimalkontakt zur Außenwelt aufrechterhalten. Die Menschen dürfen in ihrer Verzweiflung nicht allein gelassen werden. Die Bewacher sollen merken, dass ihr Umgang mit den Inhaftierten auch von außen beobachtet wird. Die rechtlichen Fragen besprechen wir mit den Inhaftierten so, dass die oft undurchsichtigen Zusammenhänge verständlich werden. Durch Öffentlichkeitsarbeit wollen wir auf das Unrechtssystem der Ausländerpolitik in Deutschland aufmerksam machen und für die Abschaffung der Abschiebehäft wirken. Wir brauchen dringend weitere Mitarbeiter in unserer Initiative. Alle Leser dieser Zeilen sind herzlich eingeladen, zu einem unserer Treffen zu kommen: Jeden zweiten Montag (an ungeraden Kalenderwochen) um 19.30 Uhr in den Räumen der Katholischen Studentengemeinde direkt am U-Bahnhof Hansaplatz, Klopstockstrasse 31, 10557 Berlin. Die Arbeit in der Initiative nutzt unmittelbar den Rechtlosen in unserer Gesellschaft. Meine Familie musste 1933 Deutschland verlassen; der Vater war jüdischer Herkunft und Sozialdemokrat. In Frankreich waren wir Asylbewerber mit einem unsicheren Status. Wer von uns überlebt hat, verdankt es der Solidarität mutiger Franzosen. Auch die Abschiebehäftlinge von heute brauchen unsere Solidarität.

Rotdorn: Vielen Dank für das Gespräch!
DAS INTERVIEW FÜHRTE SEBASTIAN KÖRNER

ANZEIGE

du kannst.

Mag sein, dass Sie kein Blut sehen können. Aber Sie können dafür genau hinschauen, wo welches vergossen wird.

Helfen Sie uns als Mitglied oder mit einer Spende: Konto-Nummer 80 90 100, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00. Mehr Infos unter: www.amnesty.de

du kannst. **ai**
amnesty international
FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Rechtspopulismus in Europa

EIN ZWISCHENSPIEL? (TEIL 3)

Im letzten Teil, der sich als Fortsetzung versteht und die Überlegungen der bisherigen Teile voraussetzen muss (siehe online-Archiv: www.rotdorn.org, d. Red.), soll geprüft werden, ob die Bundesrepublik Deutschland ein fruchtbarer Boden für den Rechtspopulismus darstellt, welche Rolle der Staat und die Justiz in der Ideologie der Rechtspopulisten spielen und am Beispiel des „Richters Gnadenlos“, des Hamburger Innensenators Schill und seiner Partei, soll die „law-and-order-Politik“ dieser Ideologie entfaltet werden.



Bislang sahen deutsche Politologen ernstzunehmende rechtspopulistische Gefahren eher im europäischen Ausland als in der Bundesrepublik. Namen wie Jörg Haider in Österreich, Silvio Berlusconi, Umberto Bossi und Gianfranco Fini in Italien, Jean-Marie Le Pen in Frankreich, Carl Hagen in Norwegen oder jüngst Pim Fortuyn in den Niederlanden und Pia Kjaersgaard in Dänemark standen für die Fähigkeit, rechtspopulistische Programme umzusetzen und in manchen Fällen bis in die Regierungsmitverantwortung hineinzutragen.

Aber auch in der Bundesrepublik, so viele kritische Beobachter, besteht ein weit höheres rechtsextremes oder rechtspopulistisches Potential, als es die Wahlergebnisse von DVU, Republikanern und NPD anzeigen. Das belegen nicht nur die häufigen rassistischen Anschläge, die in dieser Massivität in vielen Ländern mit höheren Wahlergebnissen für rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien nicht zu finden sind. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über „Rechtsextremismus und Gewalt“ bestätigt die Aussagen der „Sinus-Studie“ von 1981, in der 13 Prozent der westdeutschen Bevölkerung ein ideologisch geschlossenes rechtsextremes Weltbild attestiert wurde.

Hamburg zählt nicht nur zu den reichsten Regionen Europas, sondern beruft sich auch gern auf seine hanseatisch-liberale Tradition. Aber Hamburg hat auch eine politische Klasse, die aus Abgehobenheit, sozialer Ignoranz und machtbesessenem Taktieren eine Stadtentwicklung betrieben hat, die seit längerem der Nährboden für starke rechtspopulistische Strömungen ist. In den sozialen Brennpunkt-Stadtteilen herrscht Verwahrlosung und Verarmung. Sie wird auf den Straßen und Plätzen sichtbar einerseits durch Bettel, Drogenumschlag, Obdachlosigkeit und Alkoholismus, andererseits durch



Protest: oben für den Erhalt der Wagenburg „Bambule“; unten zur Senatsvereidigung

einen hohen Ausländeranteil, da diese MitbürgerInnen in die billigen Armutsquartiere der Großstadt gedrängt und damit sozial ausgegrenzt werden. Das führte zum (un)heimlichen Aufstand der „anständigen“ Bürger an der Wahlurne und ebnete dem „Richter Gnadenlos“ und seiner „Rechtsstaatlichen Offensive“ den politischen Weg.

Findet sich in Deutschland bei anhaltend ähnlichen Entwicklungen wie in Hamburg eine charismatische Führerfigur, die es versteht, die Globalisierungsverlierer des unteren Mittelstandes und die von der SPD und PDS sozial im Stich gelassene Arbeiterschaft (die die Schill-Partei nach Wahlanalysen zu 27 Prozent gewählt hat) um sich zu scharen, haben wir auch hier bald eine starke rechtspopulistische politische Kraft. Ob dies die Schill-Partei werden wird, gilt es abzuwarten.

SCHILLS PARTEI

„RECHTSSTAATLICHE OFFENSIVE“

Der „eifrige“ Strafrichter Schill, der bei seiner Versetzung im Jahre 2000 225 unerledigte Fälle, davon die ältesten

aus dem Jahre 1995 hinterließ, beschäftigte zwischen 1993 und 1999 ebenso die Hamburger Lokalpresse wie die Stammtische. Er verurteilte S-Bahn-Sprayer und jugendliche Drogenabhängige zu hohen Haftstrafen und erwarb sich so den Ruf des „Richters Gnadenlos“. Seine Richterkollegen bezeichnete er als „verweichlichte 68er“. Im Juli 2000 gründete er die „Partei Rechtsstaatliche Offensive“. Nicht einmal 16 Monate später, am 23. September 2001, stimmten bei der Bürgerschaftswahl 19,4 Prozent der Hamburger für den „Newcomer“. Seine Partei wird, und das obwohl 43 Prozent der HamburgerInnen sie für nicht demokratisch halten, mit Abstand drittstärkste politische Kraft im Stadtstaat. Die CDU, die kaum über ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis von 1993 hinauskam, und die FDP, die gerade so die 5-Prozent-Hürde nehmen konnte, koalitierten mit ihm und seine Partei zog in den Senat der Hansestadt ein. Die einst rote Hochburg im Norden wird schwarz.

Schills Rauswurf aus dem Senat am 19. August war das Ende einer Kette von Skandalen einer Landesregierung, die vollmundig angetreten war, gegen Filz, Vetternwirtschaft und moralischen Verfall vorzugehen. Der Erste Bürgermeister von Beust war nach Kritik von allen Seiten genötigt, Schills Staatsrat Wellinghausen wegen einiger Nebenpöstchen aus dem Innenressort zu entlassen. Schill drohte, sollte es zu Wellinghausens Entlassung kommen, werde er das homosexuelle Verhältnis von Beusts mit dem Justizsenator Kusch (CDU) an die Öffentlichkeit bringen. Von Beust entließ daraufhin den Innensenator Schill. Auch den danach vom hart gelandeten Senkrechstarter Schill angestrebten Fraktionsvorsitz konnte seine Partei ihm nicht überlassen, wollte sie nicht die Hamburger Rechtskoalition gefährden.

Schills Rechtspopulismus, ähnlich wie

der Jörg Haider, mit dem er jedoch nicht verglichen werden will, ist gekennzeichnet durch eine charismatische Führerschaft,

- Sprüche von den „kleinen, anständigen Leuten“, für die er sich stark mache,
- eine radikale Simplifizierung insbesondere von komplexen politischen Zusammenhängen sowie
- einer Politik, die Vorurteile und Ängste der kleinen Leute vermarktet.

Schill zog verbal im Wahlkampf wie auch in Senatspressekonferenzen zum Schrecken des Ersten-Bürgermeisters (CDU) aus gutem Hause gegen das herrschende Establishment, gegen den „roten Filz“, gegen die sich überall breitmachenden 68er, gegen das „Kartell von strafunwilligen Pädagogen und Jugendrichtern“, gegen die „Traditionsparteien“ zu Felde. Seine überfüllten Wahlveranstaltungen und Pressekonferenzen waren und sind gut inszenierte „Oktoberfestreden“, nicht umsonst sprechen die Journalisten auch von seiner Partei als der CSU des Nordens. Franz-Josef Strauss hätte seine helle Freude an Ronald Barnabas Schill. Selbst noch im Bürgermeisteramt bekämpft er verbalradikal die politische Klasse: „Wer Obstruktionspolitik (Verhinderungspolitik) betreibt und versucht, uns auszubremsen, wird aus einflussreichen Positionen entfernt werden müssen.“

EIN STARKER, AUTORITÄRER STAAT

Obwohl Schill immer wieder betont, mit neofaschistischen Tendenzen oder gar mit der Verharmlosung des NS-Regimes nichts zu tun zu haben - daher seine verbale Abgrenzung von Österreichs Jörg Haider -, ähneln seine Staatsvorstellungen beispielsweise Italiens Neofaschisten der „Allianza Nazionale“ und älteren nationalistischen Modellen: Ein Staatsvolk aus den produktiven Schichten als soziale Gemeinschaft geformt, organisiert in einem hierarchisch gegliederten Staatswesen mit strengen, auch tatsächlich durchgesetzten Rechtsnormen, formiert sich gegen einen parasitären Block Krimineller und Verwahrloster.

Auch die Haider-Partei FPÖ kämpft



Freu, Freu, Freu: Bauwagen-Sympathisanten feiern in Hamburg vor der „Roten Flora“ die Entlassung Schills

wie Schill mit markigen Sprüchen für „law and order“: „Lebenslänglich muss lebenslang sein und bleiben“ erklärt eine von Haider's Stellvertreterinnen, von Beruf Staatsanwältin, die die Hitzinger Damenkränzchen bestätigend erröten lässt, wenn sie für Sexualstraftäter „Pimmel abschneiden“ fordert. Bei „Richter Gnadenlos“, dem heutigen „Partysenator“ heißt das „Kastration für Sexualstraftäter“.

Schill orientiert auf die konservative Begriffswelt eines starken und autoritären Staates. Die - in seinem Sinne - Entpolitisierung und Refunktionalisierung von Polizei und Justiz sind Kernelemente seiner politischen Strategie. Nicht ein zivilgesellschaftlicher Konsens von pluralen Werten und unterschiedlichsten Anschauungen soll die Praxis von Polizei und Justiz prägen, sondern allein die strenge und konsequente Durchsetzung von staatlichen Gesetzen und die Errichtung einer vordemokratischen, vorparlamentarischen Staatsordnung, die durch eine klare hierarchische Befehlsstruktur und nicht durch Meinungsvielfalt und bürgerrechtliche Mitsprache gekennzeichnet ist.

Weder Arbeitsmarkt-, Bildungs- und

Ausbildungspolitik noch Vorschläge für eine dringend notwendige Infrastrukturförderung für Hamburg enthält das Wahlprogramm der „Rechtsstaatlichen Offensive“. Die Partei ist der Auffassung, dass sich bei einem härteren Durchgreifen gegen Kriminalität und Immigration die haushalterischen Probleme der Stadt lösen würden. Von Wiedereingliederung nach der verbüßten Haftstrafe, Resozialisierungsprogrammen und Freigang während der Haft, damit alle familiären Bindungen nicht wegbrechen, hält Schill gar nichts. Das kostet den anständigen Bürger nur seine „sauer“ verdienten, dem Staat zu anderem Nutz und Frommen entrichteten Steuern.

Zwar wird die Mehrheit der in Hamburg lebenden ausländischen MitbürgerInnen vordergründig für ihr integratives Verhalten gelobt, um im gleichen Atemzug die allzu bekannten Vorurteile nachzubeten und die Fremdenfeindlichkeit der Stammtische mit

„Argumenten“ zu füttern. Neben dem Thema der überhand nehmenden Kleinkriminalität geht es dabei um den Drogenhandel, der zu ca. 70 Prozent in ausländischer Hand sei. Auch könne es sich die norddeutsche Metropole nicht mehr leisten, wenn 30 Prozent der Sozialhilfe, fast 320 Mio. Euro, für Immigranten ausgegeben werden und ca. 6.000 rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber die Steuerzahler mit rund 50 Mio. Euro belasten.

Der Staat und die Justiz haben für Schills Wählerschaft unbarmherzig die Freiräume zu sichern, die die „kleinen, anständigen Leute“ zum bequemen Leben brauchen und die ungerechtfertigte Bereicherung des Establishments ebenso zu bestrafen wie die parasitäre Lebensweise der lästigen Linken, der Verwahrlosten und Verkommenen, der Kriminellen und Fixer. Ordnung muss wieder einziehen in Deutschland.

HAT DIE SCHILL-PARTEI BUNDESWEIT EINE ZUKUNFT?

Wenn die Massenerwerbslosigkeit anhält ohne das Politik ernstlich etwas dagegen tut, denn Arbeit ist in der Gesellschaft genügend vorhanden; *wenn* der Sozialabbau weitergeführt



Ronald Schill, Hamburgs peinlicher Schreihals

wird im wohligen Einvernehmen der politischen Klasse, ob CDU/CSU, ob SPD, ob GRÜNE oder FDP, alle beten neoliberale Rezepte nach und sind sich einig: der Arbeitnehmer, der Arbeitslose, die Rentner und Kinderreichen bezahlen die Zeche, damit es den Wirtschaftsbossen, den Börsenspekulanten und dem gehobenen Mittelstand weiterhin „super“ geht - nicht umsonst steigt in diesem Land nicht nur die Arbeitslosigkeit sondern auch die Zahl der Millionäre;

wenn die Armut wie die Kriminalität in den Großstädten wächst, die Innenstädte verkommen, die Dörfer verfallen und der Riss zwischen arm und reich in diesem Land fast unüberbrückbar wird;

dann haben Schill-Parteien, sprich der Rechtspopulismus, in Deutschland bald wieder Konjunktur. Denn die Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg und der Ausgrenzung wächst ebenso wie die Vorurteile gegen schon am Boden liegende und/oder Ausgegrenzte.

Die politische Linke muss sich Antworten und Politikkonzepte einfallen lassen, die unmittelbar auf die von der Schill-Partei ausgehenden Gefahren eingehen. Aber selbst im wünschenswerten Fall des kurzfristigen Niedergangs der Schill-Partei verschwinden nicht die Probleme, die ursächlich dazu beigetragen haben, dass hilflose Bürgerinnen und Bürger Schill gewählt haben. Die politische Linke sollte diese Probleme ernst nehmen und nicht in schnoddrig salopper Manier, wie der

PDS Wirtschaftssenator von Berlin, Sprüche klopfen: ihm ginge es so wie Altbundeskanzler Schmidt, der sagte, Visionen haben, gehören zum Psychiater. Die Linken in Deutschland sollten demokratische, emanzipatorische und solidarische Konzepte entwickeln und dem Land wieder eine orientierende Vision von einer basisdemokratischen, ökologischen Zivilgesellschaft geben. In Hinblick auf den rapiden gesellschaftlichen Verfall in der Bundesrepublik ist dafür allerdings nicht mehr unbegrenzt Zeit.

KLAUS KÖRNER



PAULAS ~~KNEIPENTEST~~ PARK!

HEUTE KEINE KNEIPE, SONDERN DER VOLKSPARK FRIEDRICHSHAIN
(Bus 200, TRAM 20,2,3,4)

So wie fast alle Jugendlichen habe auch ich immer zu wenig Geld und deswegen freue ich mich immer wieder auf die Zeit im Jahr, in der es warm ist. Denn dann kann man in Parks gehen und ist nicht darauf angewiesen, ein Cafe oder eine Wohnung zu finden, wo man sich mit Freunden trifft. Meist sind meine Freunde und ich im neuen Teil des Friedrichshains. Er ist relativ übersichtlich, man kann sich in den Schatten unter Bäume oder in die Sonne setzen. Es gibt die Möglichkeit, Volleyball zu spielen oder Klettern zu gehen, man kann auch Frisbee spielen, Skaten oder sich einfach hinsetzen.

In der Woche ist der Friedrichshain relativ ruhig. Am Wochenende, besonders am Sonntag ist er ziemlich voll.

Vorwiegend sind Schüler und Studenten, aber auch Leute jedes anderen Alters und Standes im neuen Teil. Ich habe sogar mal eine große Gruppe nach der Trauung im Friedrichshain feiern sehen.

Da es um den Park viele Einkaufsmöglichkeiten gibt, kann man Trinken und

Essen einfach dort kaufen, und wenn es mal zu spät wird oder Sonntag ist, kann man auch in der Tankstelle Bier (0,99 EUR Berliner) oder andere Sachen kaufen. Das ist immer noch billiger als im Cafe.

Abends ist der Friedrichshain auch als Ort für Geburtstagsfeiern oder einfach so zum Feiern geeignet. Da man sich in der Dunkelheit öfter aus Versehen zu falschen/fremden Gruppen gesellt, fällt es auch relativ leicht, Leute kennenzulernen.

Zum Grillen muss man allerdings auf den kleinen Bunkerberg ausweichen, der als Grillplatz ausgeschildert ist.

Eine andere beliebte Wiese ist die am Märchenbrunnen. Neben ihr ist ein Spielplatz, aber selbst wer laute Kinder nicht mag, wird nicht gestört. Ansonsten gibt es noch viele andere schöne Plätze im Friedrichshain, die man am besten selbst entdeckt und sich den schönsten aussucht.

! Aber eins wäre schön:

Wenn Ihr Euren Müll dann wieder mitnimmt und in eine Tonne schmeißt.



EUROPÄISCHES SOZIALFORUM IM NOVEMBER IN PARIS

Auf nach Paris!

Im Rahmen der neoliberalen Globalisierung erleben wir derzeit die rücksichtslose Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Logik von Gewinn und Profit. Nach außen hin heißt das Krieg, Ausbeutung, Raubzug und Plünderung, nach innen Abbau demokratischer Rechte, Ruin erkämpfter Errungenschaften, Angriff auf Bürgerrechtsorganisationen und Arbeiterbewegung, Ausbau des Polizeistaats und der Repression, Ausverkauf der sozialen Sicherung und der öffentlichen Dienstleistungen.

Federführend sind die großen transnationalen Konzerne, die immer offener und aggressiver agieren und auch die Politik unverhohlen im Profitinteresse steuern. In

Deutschland findet derzeit mit Agenda 2010, Hartz und Rürup die rigorose Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme statt. Damit einher gehen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit, Armut, Obdachlosigkeit, ökologischer Ruin, Frauenentrechtung, Bildungsnotstand etc. Dies alles vor dem Hintergrund gleicher Prozesse im globalen Maßstab: 800 Mio. Menschen müssen hungern, obwohl die produzierten Lebensmittel bei gerechter Verteilung für das doppelte der Weltbevölkerung reichen würden. Die Zerstörung der Umwelt bedroht den gesamten Planeten, die weltweit operierenden Konzerne setzen ihre Macht dazu ein, rücksichtslos ihre Gewinne zu maximieren. Dazu gehört, dass über GATS und andere internationale Strategien auch die letzten Bereiche öffentlicher Dienstleistungen wie Gesundheitswesen, öffentliche Fürsorge und das Bildungswesen dem direkten Zugriff der Konzerne geöffnet werden sollen.

Um ihre Interessen militärisch zu sichern, rüsten besonders die Machtzen-

tren USA und Europa auf und militarisieren ihre Außenpolitik. In der EU soll Aufrüstung Verfassungsziel werden, wobei Deutschland und Frankreich die Hegemonie übernehmen. Die Bundeswehr hat bereits die Zielsetzung, Märkte und Rohstoffinteressen der deutschen Industrie zu sichern. Die Abschottung gegenüber Migrantinnen und Migranten wird verschärft, Opfer von Krieg und Verfolgung werden oft



*Für ein Europa des Friedens,
gegen den Krieg*

*Für ein Europa der Solidarität und Gleichberechtigung,
gegen den Neoliberalismus*

*Für ein Europa der sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Nachhaltigkeit,
gegen die Logik des Profits*

*Für ein offenes Europa,
gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Ausgrenzung.*

Ein anderes Europa und eine andere Welt sind möglich!

nicht als Flüchtlinge anerkannt. Ob Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Armut im globalen Maßstab, Umweltzerstörung oder Krieg: Von all diesen Problemen sind Frauen zuerst und am stärksten betroffen.

Auf der anderen Seite wächst der Widerstand, immer mehr Menschen setzen sich aktiv für eine andere Welt ein. Neben und gemeinsam mit traditionellen Formen wie gewerkschaftlichen Aktionen und der wieder erstarkten Antikriegsbewegung sind neue soziale Bewegungen entstanden. Ausdruck davon ist das Weltsozialforum (WSF) von Porto Alegre, das im nächsten Jahr erstmals in Indien stattfindet. Die Sozialforen sind Plattformen für Austausch und Diskussion sowie die Erarbeitung und Präsentation von Alternativen zur herrschenden Politik. Nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre versammelten sich im November 2002 in Florenz erstmals in Europa 60.000 Menschen, um Alternativen zum zerstörerischen Neoliberalismus und Perspektiven des Widerstandes zu

entwickeln. Eine Million Menschen demonstrierten zum Abschluss ihr Nein zum Krieg, für eine friedliche Welt. Die dort erfolgte Vernetzung der Proteste gegen den Irak-Krieg ermöglichte die beeindruckenden Demonstrationen des 15. Februar 2003, auf denen Millionen von Menschen weltweit der Forderung nach ziviler Konfliktbewältigung Ausdruck verliehen.

Unter der Losung "Eine andere Welt ist möglich! Ein anderes Europa ist nötig!" wurde ein offener Raum geschaffen, in dem Menschen mit ganz unterschiedlichen Ansätzen, Hintergründen, Erwartungen und Erfahrungen gemeinsam diskutieren, streiten, nach Lösungen suchen und die nächsten Aktionen verabreden.

Vom 12.-15. November werden in Paris und St-Denis soziale Bewegungen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie

eine Vielzahl von großen und kleinen Organisationen zusammentreffen, sich austauschen und gemeinsam diskutieren, um ein anderes Europa in einer anderen Welt aufzubauen. Auf der Versammlung der sozialen Bewegungen wollen wir gemeinsame Konzepte verabschieden, mit denen wir dieses Ziel erreichen können.

■ INITIATIVE FÜR EIN SOZIALFORUM
IN DEUTSCHLAND

info

www.fse-esf.org

www.dsfgsf.de

Spenden zur Unterstützung der Fahrtkosten von Menschen ohne Einkommen, freiwillige Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie osteuropäischer Freundinnen und Freunde werden erbeten

Kontoinhaber: share e.V.
Konto-Nr. : 800 100 800
BLZ: 430 609 67
Bank: GLS Gemeinschaftsbank
Stichwort: Spende ESF



Victor Klemperers Buch „LTI. Sprache des Dritten Reiches“ legt neben dem manipulativen Aufbau auch die erschreckende Wirkung des Nazideutsch offen und verweist auf immer noch bestehende Elemente.

„Worte können wie kleine Arsendosen sein ...“

Als die Nationalsozialisten Anfang des Jahres 1933, unterstützt durch loyale Beamte und willigen Spießern, die alles taten, um die ihnen verhasste Weimarer Republik zu begraben, anfangen die Verwaltung, und damit die Machtapparate des Staates, in ihre Richtung umzubauen, war die Neuordnung des Pressewesens und der Meinungsbildung mit an erster Stelle. Joseph Goebbels, seit Anfang an dabei, Organisator und Bewunderer Hitlers, wurde Propagandaminister und verschaffte der NSDAP durch die bedingungslose Gleichschaltung aller Medienorgane (Rundfunk, Zeitungen, Film) einen zentral gelenkten Propagandaapparat mit der Aufgabe die Bevölkerung zu beeinflussen und zu formen.

Um dies zu erreichen, brauchten die Nazis absolute Hoheit über jedes gedruckte und gesprochene Wort, um keinerlei Kritik und anderen Meinungen ausgesetzt zu sein. Die im September des Jahres eingerichtete Reichspressekammer und das Schriftleitergesetz haben genau diesen Zweck: Zensur und Ausgrenzung. Es durfte kein jüdischer

Bürger oder politisch anders Gesinnter mehr als Journalist tätig sein, zahlreiche Zeitungen wurden verboten oder unter anderem Vorzeichen übernommen, vorgegebene Richtlinien vom Propagandaminister Goebbels mussten streng eingehalten werden. Diese enthielten „vertrauliche Informationen“ und Anweisungen über Wortwahl und Themen. So wird z.B. 1940 darauf hingewiesen den Begriff „Besatzungsheer“ für die Wehrmacht nicht zu benutzen und statt „Evakuierung“ von „Kinderlandsverschickung“ zu sprechen.

Die Strategie war perfekt und lief gut. Es gelang der NSDAP innerhalb von nur zwölf Jahren die ihr eigene Gruppensprache, die von Abkürzungen, Euphemismen und Herabwürdigungen durchsetzt ist, auf die gesamte deutsche Bevölkerung auszuweiten. Jedes, selbst persönliche Gespräch, sollte mit „Heil Hitler!“ begonnen und beendet werden, so dass jede Unterhaltung ein Triumph der nazistischen Sprachsteuerung, und ihre Ideologie immer gegenwärtig war.

SPRACHAUFBAU

Die LTI (Lingua Tertii Imperii) ist darauf gerichtet den Einzelnen um sein individuelles Wesen zu bringen und seine Persönlichkeit zu betäuben. Dies gelingt einerseits durch die Art und Weise des Sprechens und Schreibens und andererseits durch den Gebrauch bestimmter Begriffe, Redewendungen, stilistischer Mittel wie Superlative und Euphemismen. Schriftsprache und Redeform waren einheitlich, jedes geschriebene Wort war Rede, musste Anrede, Anruf, Aufpeitschung sein, wurde es vorgelesen, dann mit lauter Stimme deklamierend, schreiend und beschwörend. In einem derartigen „Gesamtkunstwerk“ mit einhämmernder Rede, Fackelzügen, HJ-Trommelgruppen, langen Spruchbannern und zwischen tausenden begeisterten Menschen sollten und haben wohl auch viele Zuhörer ihren individuellen Verstand zugunsten eines deutschen Zusammengehörigkeitsgefühls mit blindem Kadavergehorsam aufge(ge)ben. Teilweise versteckte die LTI ihren wahren Inhaltsgehalt, teilweise war

sie recht eindeutig, so bei der Aufforderung „dem Führer blindlings folgen“, d.h. sich unterordnen, nicht über den Befehl nachdenken - der Idealzustand nazistischen Gehorsams. Diese verheerende Wirkung der LTI nachzuvollziehen und die Gründe zu beleuchten war die Lebensaufgabe des Philologen Klemperer und mit der Herausgabe seines Buches setzte er den Anfang einer Sprachdebatte in Deutschland in Gang, deren Weg er geistig bis heute unangefochten anführt.

VOLK, REICH, RASSE

In seinem Pamphlet „Mein Kampf“ zeichnete Hitler den neuen Weg der Propaganda vor, die „volkstümlich zu sein (hat) und ihr geistiges Niveau nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten einstellen (soll)“. Die geschriebene und gesprochene Sprache wurde also volkstümlich-einfacher, sprach mehr die Emotionalität als den Intellekt an, ja betäubte den Intellekt und schaltete ihn bewusst ab.

Durch die Einschwörung auf den Zusammenhalt des „deutschen Volkes“ sollte ein wohligh-warmes Zugehörigkeitsgefühl erzeugt werden, das zusammenhält gegen „die Fremden“, auch in schweren Zeiten. Erreicht wurde es durch zahlreiche Wortneuschöpfungen in dem einfach die Zusatzsilbe „Volk“ an das Wort herangefügt wurde, wie z.B. Volkfest, Volksgemeinschaft, volksfremd ... Der zweite beabsichtigte Effekt dabei war, dass der Einzelne gegenüber der Volksmasse unwichtig wird und jedes individuelle Wesen verliert, er sollte sich bedingungslos dem Volkswillen (den die NSDAP diktierte) unterwerfen - „Du bist nichts - dein Volk ist alles!“

Die Nazis liebten diese Vorsilbe, es ließ sich ja auch gut Geld damit machen, wie der reißende Absatz der Volkswagen (damals noch KdF-Wagen und sehr dienlich für militärische Nutzung) beweist, oder auch gut Einheitsbreinrichtungensoße mittels Volksempfänger („Der Rundfunk formt den deutschen Menschen im Geiste Adolf Hitlers!“) austragen. Ähnliche Wortneuschöpfungen traten mit den Vorsilben „Reich“ und „Rasse“ (bspw. Rassenchande) auf.





Propagandaminister Goebbels bei einer Rede

METAPHERN AUS RELIGION, TECHNIK UND MEDIZIN

Obwohl die Nazis die protestantische und katholische Kirche, insofern sie sich nicht bedingungslos, wie so viele Geistliche, der Nazi-Ideologie unterwarf, bekämpften und Religion ablehnten benutzten sie zahlreiche religiöse Verweise und Begriffe wie Reich. Diesem Wort haftet etwas feierliches an, es wirkt würdiger als „Land“ und wird im christlichen Glauben oft benutzt (Himmelreich, „Dein Reich komme“ aus dem Vaterunser).

Darüber hinaus sollte die Nazi-Ideologie als Staats-Religion funktionieren und Hitler als oberster Führer deshalb religiös-kultisch verehrt werden. So wird er als „Erlöser“, „Heiland“, „besonders ausgewählt“ bezeichnet, Tote starben „im Glauben an den Führer“ und Goebbels gab die Losung aus „Wir brauchen nicht zu wissen, was der Führer tun will - wir glauben an ihn.“ Der Gottesbezug sollte Hitler wohl vor zu schneller Kritik an der Erfolglosigkeit seiner Innen- und Außenpolitik behüten. Doch es finden sich noch mehr (indirekte) Bezüge auf die Bibel in Reden, Artikeln wie „Ihr seid auferstanden im Dritten Reich“, „Die Hand muss verdorren, die Nein schreibt“ oder religiöse Begriffe wie Vorsehung, heiliger Krieg, Kreuzzug.

Bemerkenswert ist auch die steigende Tendenz des Gebrauchs technisch-medizinisch-biologische Fachbegriffe in der Allgemeinsprache, den Behauptungen wurde damit ein scheinbar wissenschaftlicher Anstrich gegeben. Besonders auffällig hier der Übergriff aus der Sprache der Technik auf die Person selber und ihr Handeln (sich etwas aufladen, etwas groß aufziehen, etwas ankurbeln, verankern, spuren, lenken). Die Technisierung sollte von den Menschen so verinnerlicht werden, dass sie selbst wie eine Maschine funktionieren („Jeder soll Automat in der Hand des Vorgesetzten, zugleich Druckknopfbetätiger der ihm unterstellten Automa-

ten, sein“) und ohne ihr Gewissen zu befragen automatisch Befehle ausführen oder weitergeben.

SUPERLATIVE & Co.

Beliebtes Mittel der eigenen Glorifizierung und Abwertung politischer Gegner waren die inflationär gebrauchten Superlative: jede noch so kleinste Parteiveranstaltung war „einmalig“, „einzigartig“, jede Begegnung war „historisch“, jede Entscheidung „ewig“ oder „gigantisch“. Die gefeierten Ergebnisse mussten immer mehr gesteigert werden, so dass selbst Adjektive die an sich einen Superlativ ausdrücken (total, radikal) grammatisch gesteigert wurden („Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn wenn nötig totaler und radikaler [...]?“). Auch zahlenmäßige Übertreibungen



Das Massenblatt der NSDAP: „Der Stürmer“

waren an der Tagesordnung, so die jeweils immer doppelt so hohe eigene Gefangenenzahl oder die überdrehte Vision eines „tausendjährigen Reichs“. Wie in der Werbungssprache versuchten die Nazis, ihre Inhalte durch Verschleierung von Sachverhalten oder deren Ausschmückung besser zu „verkaufen“.

Der bereits angesprochene Übergriff der Technik auf die Sprache wird auch in der Tendenz zum Abkürzen langer Worte oder Wortgruppen deutlich. So entstehen kurze, prägnante Schlagwörter für umständlich formulierte Begriffe wie „Nationalpolitische Bildungsanstalt“ (Napola) oder „Bund deutscher Mädels“ (BDM), gerade bei Gruppen ist es beliebt um eingeschworene Zusammengehörigkeit zu demonstrieren (HJ,

DAF, SS, SA).

Die wohl wichtigste Aufgabe der Propaganda ist es oft auch, unbeliebte Maßnahmen freundlich zu umschreiben und damit den Protest so klein wie möglich zu halten. Diese Art der Tarnung der Sprache durch Euphemismen (Untertreibungen) ist auch heute immer noch beliebt, doch die Nazis wurden echte Meister im Erfinden harmloser Umschreibungen wie „abholen“ für deportieren, „sich melden“ für Verhör bei der Gestapo, „abgewandert“ für verschleppt ins KZ. Vorwiegend in der Kriegssprache genutzt, übertrugen die Nazis Euphemismen auf die Alltagssprache und unterstützten damit die allgemeine Verdrängung grausamer Wahrheiten.

LTI HAT ÜBERLEBT

Der gebotene Überblick ist nur eine unvollständige Wiedergabe der zahlreichen Erkenntnisse Klemperers, soll aber einerseits zum weiterlesen, andererseits zum kritischeren Umgang mit unserem heutigen Sprachgebrauch auffordern. Noch immer werden nazistische Wörter benutzt, oft ohne Kenntnis der Wortherkunft, wie Überfremdung, asozial, abartig, Schwulitäten, dies zeugt von der tiefen Verankerung der Nazisprache, dass sie selbst in der dritten Generation danach noch existiert.

Auch heutzutage ist in Kriegszeiten in der offiziellen Presse und von Regierungsvertretern eine stark euphemistische Sprache zu beanstanden, teilweise auch mit technisch-medizinischen Begriffen durchsetzt.

Eine Zusammenstellung der Berliner Zeitung zeigte diese Verschleierungstaktik besonders im diesjährigen Irak-Krieg: „bewegliche Ziele“ für menschliche Opfer, „intelligente Waffen“, „chirurgisch exakte Eingriffe“ für Bombenangriffe, „gefallene Soldaten“ für Getötete, „Operation“ und „Aktion“ statt Angriff, „dringende Geschäfte“ für Kriegshandlung, Soldaten erledigen einen „guten Job“. Der Gegner wird kategorisch negativ besetzt, Erfolge der Iraker waren „Hinterhalte“ während amerikanische Siege als „faire Kriegsmanöver“ bezeichnet wurden. Die Verben „ausschalten“ und „säubern“ gegenüber Irakern und ihrem Heimatland zeigen wohl die am deutlichsten Parallelen zur LTI, da hier genauso kalt-technisch-entmenschlicht über menschliche Wesen gesprochen wird.

■ OSKAR KRÜGER

Vegetarier - aus ökologischer und politischer Überzeugung

ÜBER DIE UNGERECHTEN FOLGEN ÜBERMÄßIGEN FLEISCHKONSUMS



Die Idee des Vegetarismus ist schon uralt und im Laufe der Zeit gab es viele berühmte Menschen die kein Fleisch aßen. Heute sind es z.B. 3,5 Millionen Menschen in Großbritannien und Schätzungen gehen von 10% der Weltbevölkerung aus, die VegetarierInnen sind. Besonders unter den 13 bis 24-jährigen ist fleischarme oder -lose Ernährung immer beliebter. So verzeichnet die Shell-Studie von 1997 einen Anstieg des Anteils aller Befragten, die sich fleischarm ernähren wollen, von 30 auf 36%, der Anteil der VegetarierInnen von 2 auf 4%. Bezeichnend ist, dass 22% der männlichen und bereits 52% (!) der weiblichen Jugendlichen angaben fleischarme Ernährung zu bevorzugen.

Was hat diese Menschen dazu bewogen vegetarisch zu leben und auf Fleisch und Milch oder Eier oder Fisch zu verzichten?

Es gibt zahlreiche ökologische und ethische Gründe auf Fleisch zu verzichten, hier einige Beispiele.

UMWELTVERSCHMUTZUNG

Die Fleischindustrie verursacht mit die größte Wasserverschmutzung. Alleine in den USA produzieren die Zuchttiere 130mal mehr Exkremamente als die gesamte Weltbevölkerung. Diese großen Mengen Kot, Urin und Gülle werden auf die Felder gebracht und können von den Pflanzen und dem Boden nicht vollständig aufgenommen werden. Das so nitratangereicherte Grundwasser ist gesundheitsschädlich (krebserregend) und kann nicht zum Trinken benutzt werden.

BODENVERSCHMUTZUNG

Etwa 80% der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird für die Tierzucht benutzt. Auf einem Hektar Land können 22500kg Kartoffeln angebaut werden, doch nur 185kg Rindfleisch auf der gleichen Fläche produziert werden. Um auf wenig Fläche viel Futtermittel anzubauen und die anfallende Gülle unterzubringen, werden riesige Felder mit Monokulturen bepflanzt. Da diese besonders anfällig gegenüber Schädlingen sind, werden enorme Mengen

Pestizide, Insektizide und Herbizide gespritzt, die ebenfalls ins Grundwasser sickern und sich in Lebensmitteln anreichern.

RODUNG

325000km² Regenwald werden jedes Jahr vernichtet, um darauf die Tiere zu züchten bzw. Anbauflächen für Futter-



mittel zu schaffen. Die Menschen und Tiere, die dort leben, werden vertrieben. Nach ein paar Jahren ist der intensiv genutzte Boden so zerstört, dass neue Flächen benötigt werden. Inzwischen ist der Regenwald weltweit um die Hälfte vernichtet worden.

HUNGER

Jeden Tag sterben in den ärmsten Ländern der Welt 40.000 Kinder, weil ihnen die Nahrung fehlt, und dies, obwohl 1991 die Weltgetreidemenge ausreichte, um 2600 Kalorien pro Person und Tag zuzuführen. Die Ursache des Missverhältnisses liegt in der Verteilung der vorhandenen Nahrung und deren Nutzung. Auf den Ackerflächen dieser Länder werden Futtermittel (z.B. Getreide und Soja) für die Masttiere der reichsten Länder angebaut, um sie an unsere Tiere zu verfüttern. 40% aller angebauten Futtermittel

kommen allein nach Europa. Ohne diesen Futtermittelanbau in den armen Ländern könnten wir die riesigen Fleischmengen nicht „produzieren“. Allein die Rinder nehmen weltweit 24% der Landmasse in Anspruch. Niemand müsste hungern, wenn dieses Land den dort lebenden Menschen als Anbaufläche für eigene Nahrung zur Verfügung stehen würde.

TREIBHAUSEFFEKT

Durch das Abbrennen des Regenwaldes wird der Treibhauseffekt vorangetrieben. Das Kohlendioxid, das der Wald in langer Zeit gespeichert hat, wird frei.

Die hohe Anzahl an Zuchtrindern (z.Zt. 1,28 Milliarden) auf der Erde trägt ebenso zum Treibhauseffekt bei. Rinder stoßen während der Verdauung täglich 120 Liter Methangas aus, eine Verbindung aus Kohlenstoff und Wasserstoff, die zu 18% für den Treibhauseffekt verantwortlich ist.

WALDSTERBEN UND SAURER REGEN

Das Waldsterben und der saure Regen geht neben der Luftverschmutzung durch die Industrie und die Autos, auch auf die Verdunstung der ammoniakhaltigen Gülle zurück. Ammoniak wird, nach Umwandlung zu Salpetersäure, ein Teil des sauren Regens. Forscher konnten feststellen, das in Gebieten von Massentierhaltungen besonders erhebliche Waldschäden vorhanden sind, in Holland sind ein Drittel des Waldsterbens allein auf die Massentierhaltung zurück zu führen.

GESUNDHEIT

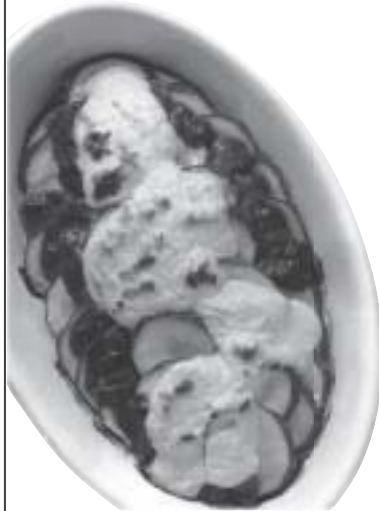
Die Lebensbedingungen in der Massentierhaltung erfordern einen hohen Einsatz von Arzneimitteln, die wir über den Verzehr aufnehmen (z.B. Antibiotika, Hormone, Psychopharmaka). Erhöhter Fleischkonsum kann zu einer Vielzahl von Erkrankungen führen, seien es Allergien durch Gifte aus in Monokultur erzeugten Futtermitteln oder gar schwerere Erkrankungen durch BSE oder Immunität gegenüber gesundheitsfördernden Mitteln.

Es ist ganz klar, um die Umwelt und Naturvielfalt zu schonen und das Leid der Tiere zu beenden, ist es für die Zukunft dringend notwendig den Fleischkonsum der reichen westlichen Welt zu verringern (zum Vergleich: Deutschland verbraucht 89kg Fleisch pro Kopf/Jahr während es in Indien ganze 2kg sind). Gleichzeitig gäbe es die Möglichkeit, mehr Menschen auf der Welt satt zu machen. Es ist also ein durchaus entscheidender Schritt auf das Luxusprodukt Fleisch zu verzichten.

Mittelfristig muss eine bedarfsorientierte, ökologische Landwirtschaft angestrebt werden, die in erster Linie Menschen ernährt und nicht die Produkte zuallererst vermarktet und Überschüsse fabriziert um den Profit zu erhöhen. Zugleich muss den weniger entwickelten Ländern ein gleichberechtigter Zugang zum Markt ermöglicht werden damit diese u.a. durch Abbau der Monokulturen zu weniger Pestiziden greifen. Dies würde zu einer Verminderung ökologischer Zerstörung, zur Einsparung von Subventionen und zu gesünderen Nahrungsmitteln führen.

■ OSKAR KRÜGER

- 4 mittelgroße Zucchini
- ungehärtetes Kokosfett
- 2 Zwiebeln • 2 Möhren • 1 Teel. Butter • 3 Eßl. Tomatenmark
- 200 g Crème fraîche
- 1 Knoblauchzehe • frisch gemahlener weißer Pfeffer
- 2 Prisen geriebene Muskatnuß
- 1 Eßl. Ahornsirup • 1 Eßl. Obstessig • 175 g Magerquark
- 1 Ei • 100 g Gouda • 1/2 Teel. getrocknetes Basilikum
- Für die Form: Butter



Der original

ROTDORN-Zucchini-auflauf

Zugegeben nicht ganz einfach, aber lecker. Guten Appetit!

Die Zucchini waschen und in 1 cm dicke Scheiben schneiden und mit wenig Fett goldgelb braten. Anschließend auf Küchenpapier abfetten lassen • Zwiebeln schälen und feinhacken; Möhren schälen und würfeln • Die Zwiebeln in der Butter glasig dünsten, die Möhren, das Tomatenmark und die Hälfte der Crème fraîche unterrühren • Knoblauch zerdrücken und dazugeben . Mit Salz, Pfeffer, dem Muskat, dem Sirup und dem Essig abschmecken und bei schwacher Hitze zugedeckt 10 min köcheln lassen

• Den Quark mit dem Ei verrühren. Den Käse reiben und mit dem restlichen Crème fraîche dazugeben, mit Salz und Pfeffer abschmecken • Die Auflaufform mit Butter austreichen. Die Hälfte der Zucchini darin verteilen, salzen und mit etwas Basilikum bestreuen • Die Tomatensoße darübergießen, mit den restlichen Zucchini belegen, mit Salz und dem restlichen Basilikum bestreuen • Die Quarksoße darüber verteilen • Auf der mittleren Schiene etwa 30 min (bei 220°) überbacken

ANZEIGE

Bürgernahe Politik

www.pds-berlin-drei.de

Fraktion in der BVV

Bezirksamt

Haus 7

Zimmer 109

Fröbelstraße 17

10400 Berlin

Fon 42 40 10 08

Fax 42 40 25 19



Berlin Drei

Für bessere Aus- und Einsicht

SMART BOMB !



© 2013 www.dpa-N.de

GLOSSIE von Patrice

Silvio und Gerharo +Ein Sommer-Nachts-Traum+

Was war das wieder für eine Inszenierung mitten im Sommer?
Sommerzeit gleich Theaterzeit!
Der mächtige Sivlio Berlusconi übernahm routinergemäß die Ratspräsidentschaft und wurde am 2. Juli im Europäischen Parlament vom deutschen Europa-Parlaments-Abgeordneten Martin Schulz (SPD) verbal angegriffen. Dass dieser dann zurückschlug, schien selbstverständlich, denn welcher Diktator läßt sich schon gerne vorwerfen, daß er jegliche Medien gleichgeschaltet hat und sich seine eigenen Gesetze in seinem eigenen Land zurecht schneidet (ups!)?
Das entspricht auf gar keinem Fall der political correctnes. Naja, jedenfalls holte „König Sivlio“ zum Gegenschlag aus und schlug dem Deutschen vor, in einem italienischen Film die Rolle eines KZ-Aufsehers zu übernehmen. Silvio, ich bitte Dich, das ging schon zu weit!



Doch...was war das?
Erster Akt, zweite Szene: Plötzlich meldete sich ein paar Tage später der italienische Staatssekretär für Tourismus Tortellino Tortellini (oder hieß er doch Stefano Stefani?) zu Wort und schrieb in der demokratischsten Zeitung (Parteizeitung der Lega Nord), die Italien je zu bieten hatte, die Deutschen seien „einförmige blonde Supernationalisten, die lärmend über die italienischen Strände herfielen.“...und ich dachte, immer Mallorca läge in Spanien! Naja, so wurde quer über die Alpen geschimpft und beleidigt, bis sich Bundeskanzler Schröder entschied, seinen Italien-Urlaub abzusagen und mit seinem Schoßhündchen (als Amt nennt man das Generalsekretär) Olaf Scholz in Hannover zu bleiben, da die Landeshauptstadt doch die besseren Strände und die schöneren Sehenswürdigkeiten zu bieten hatte als Neapel, Sizilien, Palermo, Mailand oder gar Rom! Is ja auch klar, würde jeder so machen, frei nach dem Motto: „Ich liebe Deutsche-Land“!? (würg!).
Und was lernen wir aus der ganzen Sache: Heiße Luft um Nichts, Hannover ist schöner als ganz Italien, wir Deutschen können uns nicht benehmen, was wir allerdings schon vorher wußten, und wir lieben „Diktator“ äh „König Silvio“!

Na dann,
ciao bella italia



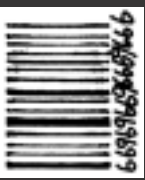
Lerntafel Nr. 1



KOMMANDO



Die vorvorletzte Seite



O T O B E R O R M O I O N O B O

11. September

WTO macht Hunger
 Vortrag und Diskussion mit Michael Windfuhr,
 Executive Director von FIAN international
 (FoodFirst Information and Action Network),
 Heidelberg Shalini Randeria, Professorin für
 Soziologie (Schwerpunkt Entwicklungspolitik
 und Welthandel), Wissenschaftszentrum
 Berlin / Universität Budapest
 Eine Veranstaltungsreihe von attac-Berlin in
 Zusammenarbeit mit dem Grips Theater
 Kartenreservierung unter: 030-39 74 74 77

18. September

„Ökonomie und Politik in unserer Zeit“
 Das Memorandum 2003: Grundzüge alternati-
 ver Wirtschaftspolitik heute
 Referent: Dr. Norbert Reuter, Uni Aachen,
 Moderation: Prof. Dr. Klaus Steinitz
 Eintritt: 1,50
 19:00 Uhr Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin

18.-20. September

Erstes Europäisches Bildungsforum
 Ein Bündnis verschiedener Gruppen ruft
 anlässlich der Konferenz der europäischen
 Bildungsminister am 18/19.9. in Berlin
 zum ersten Europäischen Bildungsforum
 auf. Abschlussdemo am 20.9.
 Infos: www.eef2003.org

1. November

Konzert
 Bandylegs (Ska)
 21:30 Uhr „Schokoladen“, Ackerstr. Ecke Torstr.

12. - 16. November

II. Europäisches Sozialforum in Paris
 Konferenzen, Seminare, Workshops, 15.11. Großdemo
 Info: www.dsf-gsf.org und www.fse-esf.org

20. Dezember

„Vorweihnachtssaufgranate“
 18:00 Uhr „Truxa-Bier-Bar“, Schönhauser-Allee 98

alle Termine: **ROTDORN.ORG**
 WWW.ROTDORN.ORG

ANZEIGE

11. September 1973: ein Angriff auf die Zivilisation

Die PDS Spandau lädt ein zur Diskussion mit
 Klaus Huhn, Mitautor des Buches „Der andere 11.
 September. Der Mord an Allende und Tausenden
 Chilenen vor 30 Jahren“ und Marcela Rodriguez,
 ehemalige politische Gefangene der Militärjunta.

Wo? PDS Geschäftsstelle
 Jüdenstr. 46 (frühere Kinkelstr.)
 13597 Spandau
 direkt in der Altstadt

Wann? Montag, dem 8.9.03, um 19 Uhr **PDS SPANDAU**

Lust auf ...

aktive Mitgestaltung an einem linken Zeitungsprojekt?
 Wir können jede helfende Hand gebrauchen!
 In der Redaktion, im Layout, beim Verteilen ...
KOMM EINFACH ZU DEN REDAKTIONSTREFFEN!

Wann? Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat
Wo? In der „MS Völkerfreundschaft“, an der U-Bahn Senefelderplatz

Bei Fragen ruf an : 44 04 6156

Sagt uns Eure Meinung!

Den Rotdorn Nr.36 fand ich _____

Themenauswahl _____ (Note 1-6)

Aufmachung _____ (Note 1-6)

Bester Artikel der Ausgabe _____

Warum? Weil, _____

Deine Kritik: _____

Schreibt mal was über: _____

Ich hab den Rotdorn _____
 (Ort bzw. Anlaß/Gegebenheit) erhalten

Ich lese den Rotdorn regelmäßig zum 1. Mal; zum ___ Mal

Ich bin ___ Jahre alt.

Sichert Euch die nächste Ausgabe: Abonniert kostenlos den Rotdorn!

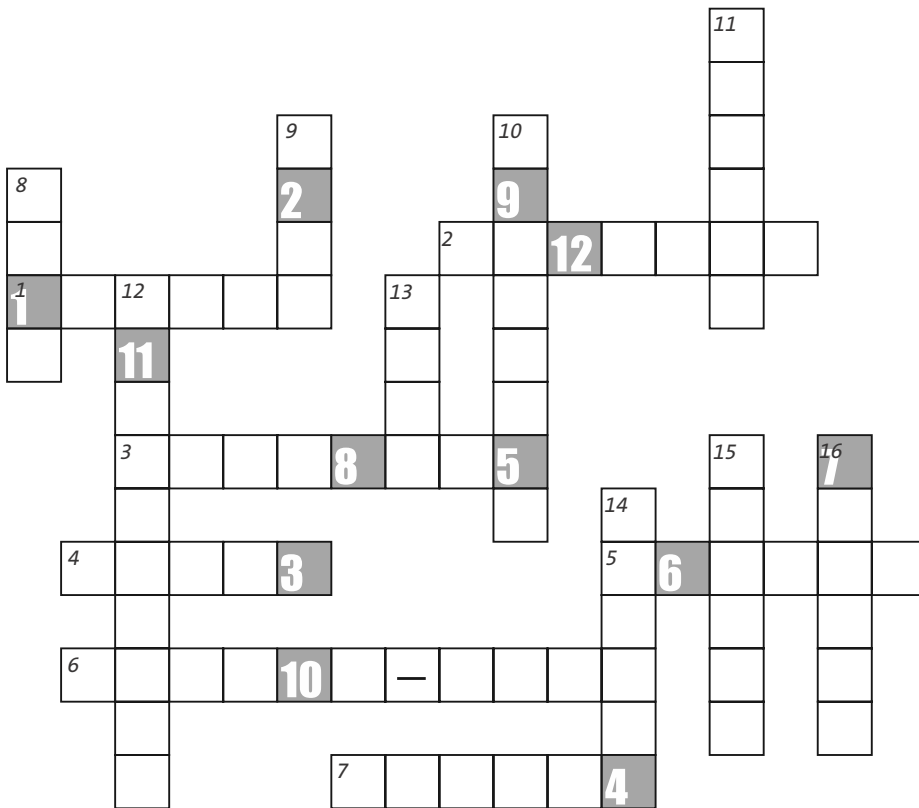
Ich abonniere kostenlos den
 Rotdorn. (Die Portokosten
 werden durch die Anzeigen ge-
 deckt. Don't worry.)

Ich würde gerne ein paar mehr Rotdörner
 verteilen.
 Bitte schickt mir ___ Rotdörner.
 Meine Telefonnummer ist die: _____

Ich möchte die Rotdorngruppe
 mal kennenlernen und zu einem
 Treffen eingeladen werden.

Ich möchte den Rotdorn-
 Newsletter erhalten. Meine
 e-mail-Adresse ist: _____

Das Preisrätsel



waagerecht

- 1 Geschwister die in der „Weißen Rose“ antifaschistischen Widerstand leisteten
- 2 ehem. Präsident Südafrikas, Kämpfer gegen die Apartheid
- 3 Persönlichkeit der Studentenrevolte 1968 in Berlin
- 4 amtierender UNO-Generalsekretär
- 5 enger Freund von Karl Marx
- 6 ermordeter Bürgerrechtler, formulierte den Traum von einer antirassistischen Gesellschaft
- 7 deutsche Revolutionärin & Ikone der Arbeiterfrauenbewegung

senkrecht

- 8 amtierender US-Präsident
- 9 16 lange Jahre Bundeskanzler
- 10 ehem. engl. Premierministerin
- 11 gefeuerter Hamburger Innenminister
- 12 dt. Reichspräsident der Hitler zum Reichskanzler ernannte
- 13 amtierender hessischer Ministerpräsident
- 14 US-Präsident in den '80ern
- 15 deutscher Komponist, Antisemit
- 16 Italiens Ministerpräsident (Vorname)

So einfach geht's:

Rätsel lösen, Karte abschicken, gewinnen!

Und zu gewinnen gibt es drei CD's und weitere fünf Einsender werden mit einem Trostpreis, der aus jeweils zwei Markencondomen besteht, bedacht. Die Gewinner werden unter www.rotdorn.org bekanntgegeben.

Mein Lösungswort:

1	2	3	4	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Kleiner Tipp: das Lösungswort bezieht sich auf diesen Sommer

Name: _____

Anschrift: _____

Sagt uns eure Meinung! Benotet den Rotdorn, Themenauswahl und Aufmachung. Sagt uns welche Themen ihr vermisst habt und welche in die nächste Ausgabe sollen. Außerdem habt ihr die Möglichkeit und auf der Rückseite etwas über Euch zu verraten. Natürlich haben die Antworten auf der Rückseite keinen Einfluss auf die Gewinnchancen.

Bitte mit
51 Cent
frankieren

An
Rotdorn
Postfach 870106
13161 Berlin

Wehr dich gegen die

WEHRPFLICHT

Kriegsdienstverweigerungsberatung

Montag bis Freitag

10 - 18 Uhr

Kopenhagener Str. 71

fon: 44 01300

www.kampagne.de



Kampagne
gegen Wehrpflicht
+ Zwangsdienste
+ Militär